

Dokumentation der Auftaktveranstaltung

21. März 2006
RWE-Pavillon der Philharmonie Essen

Der Oberbürgermeister

STADT
ESSEN

Herausgeber: Stadt Essen
Der Oberbürgermeister
Büro Stadtentwicklung

Bearbeitung: Christiane Heil

Druck: Amt für zentralen Service

Bezugsquelle: Stadt Essen
Büro Stadtentwicklung
Rathaus, Porscheplatz
45121 Essen
Telefon: 0201/88-88713
Fax: 0201/88-88702
E-Mail: christiane.heil@stadtentwicklung.essen.de

Forum Stadtentwicklung

Dokumentation der Auftaktveranstaltung vom 21.März 2006 im RWE-Pavillon der Philharmonie in Essen

Inhalt	Seite
1. Editorial	4
Dr. Wolfgang Reiniger Oberbürgermeister der Stadt Essen	
2. „Herausforderungen und Konsequenzen des demographischen Wandels für die Städte“	6
Prof. Dr. Heinrich Mäding, difu, Berlin	
3. Diskussionsbeiträge und Wortmeldungen	26
4. Liste der Teilnehmerinnen und Teilnehmer	30
5. Forum Stadtentwicklung	34
Übersicht über die weiteren Veranstaltungen	
Anhang	
• Anhang 1: Prof. Dr. Heinrich Mäding, Folien zum Einführungsvortrag	35
• Anhang 2: Grafiken und Tabellen zur Bevölkerungsstruktur und -entwicklung in der BRD, in Essen und im Ruhrgebiet	45

Editorial

Die Städte wandeln sich: In kaum einer Stadt, in kaum einer Region wird das deutlicher als in Essen und im Ruhrgebiet. Der Wandel ist hier zum Motor einer Entwicklung geworden, der stets die aktuellen Herausforderungen meisterte und die Stadt zukunftsfähig erhielt. Nichts anderes bedeutet der Begriff Strukturwandel. Innerhalb nur einer Generation hat sich das gesamte Wirtschaftsgefüge verändert – ohne große soziale Verwerfungen, ohne dramatische gesellschaftliche Auswirkungen. So war es bis heute, und ich bin zuversichtlich, auch in Zukunft wird es uns gelingen, die Herausforderungen zu meistern.

Mit dem 1. Forum Stadtentwicklung hat sich Essen eines Themas angenommen, das uns in den nächsten Jahren Entscheidungen abverlangen wird: Die Bevölkerungszahl in Deutschland, wie insgesamt in Europa, nimmt kontinuierlich ab, es gibt mehr alte Menschen, immer mehr Menschen haben einen Migrationshintergrund. Auf den Punkt gebracht: Wir werden weniger, wir werden älter und wir werden bunter!

Für die Stadtentwicklung stellt sich die Aufgabe, gerade junge Familien an Essen zu binden oder als neue Einwohner zu gewinnen – u.a. durch Baulandausweisungen und Eigentumsförderung. Bereits vor mehr als zehn Jahren hat der Rat der Stadt Kinder- und Familienfreundlichkeit als gesamtstädtisches Ziel beschlossen und die Verwaltung verpflichtet, ihr Handeln daran auszurichten. Ähnliches gilt für das Thema Integration: Vor mehr als zwanzig Jahren hat Essen – als eine der ersten Städte überhaupt – ein Handlungsprogramm zur Integration ausländischer Arbeitnehmer und Flüchtlinge verabschiedet. Auch bei der Urwahl des Ausländerbeirats, der richtigerweise heute Integrationsbeirat heißt, hat Essen eine Vorreiterrolle übernommen. Heute gibt es das Interkulturelle Handlungskonzept, das den Weg in die Integration ebnen soll.

Und auch der Umbau nicht mehr nutzbarer oder nicht mehr benötigter Infrastruktur ist für uns nicht neu: Beispiele hierfür sind das „Triple Z“, das Gründerzentrum auf einer Zechenbrache im Essener Norden, oder das Bürger-, Sport- und Kulturzentrum „Alter Bahnhof Kettwig“ im Essener Süden – beides Projekte, die vom „Essener Konsens“ begleitet und unterstützt wurden. Mit dem „Essener Konsens“ können wir auf das bauen, was in dieser Stadt seit Jahrzehnten erprobt und erfolgreich ist: die Zusammenarbeit vieler Institutionen und Akteure mit einem gemeinsamen Ziel, denn der Stadtumbau kann und darf nicht von Rat und

Verwaltung allein betrieben werden. Stadtentwicklung ist eine Aufgabe aller gesellschaftlichen Gruppen.

Die nun beginnende Reihe des „Forums Stadtentwicklung“ ist ein Beispiel dafür. In verschiedenen, thematisch breit gefächerten Veranstaltungen wollen wir mit Fachleuten die demographische Entwicklung auf lokaler Ebene analysieren und Lösungsansätze erarbeiten. Mit dieser ersten Veröffentlichung präsentieren wir Ihnen die Ergebnisse des 1. Forums Stadtentwicklung mit dem Vortrag von Prof. Dr. Heinrich Mäding (Deutsches Institut für Urbanistik, Berlin). Ich bin sicher: Die in dieser Broschüre gesammelten Texte sind eine gute Grundlage für die weitere Diskussion.

Lassen Sie uns gemeinsam die Chancen nutzen, die in diesem Prozess für unsere Stadt liegen!

A handwritten signature in black ink, reading 'Wolfgang Reiniger'. The signature is written in a cursive, slightly slanted style.

Dr. Wolfgang Reiniger
Oberbürgermeister

Vorbemerkung:

Herr Professor Dr. Mäding hat den Vortrag am 21.März 2006 in freier Rede, orientiert an den im Anhang aufgeführten Folien gehalten; ein schriftliches Manuskript zu diesem Vortrag existiert nicht. Freundlicherweise hat Herr Professor Dr. Mäding uns den nachfolgenden Aufsatz für diese Dokumentation zur Verfügung gestellt, in dem alle in Essen erwähnten Aspekte des demographischen Wandels ausführlich erörtert werden. Dieser Aufsatz ist erschienen in: Schriftenreihe der Hochschule Speyer, Band 172, Kommunale Selbstverwaltung – Zukunfts- oder Auslaufmodell?, Hrsg. Hermann Hill, Duncker & Humblot, Berlin 2005

Herausforderungen und Konsequenzen des demographischen Wandels für die Städte

Von Heinrich Mäding

I. Demographischer Wandel

1.Vorbemerkungen¹

Demographie ist ein Thema, das sich im Aufschwung seiner Themenkonjunktur befindet und dies mit Recht. Denn es gibt wenige Themen, welche die deutsche Gesellschaft, die deutsche Wirtschaft und vor allem die deutschen Städte so beschäftigen sollten, wie die Fragen des demographischen Wandels. Die Warnrufe werden lauter. Ökonomen warnen: „Die Wirtschaft ist unser Schicksal. Die Demographie wird zu unserem Schicksal“², ein Verfassungsrichter sieht uns „am demographischen Abgrund“³. Bundesministerin *Ulla Schmidt* nennt den demographischen Wandel inzwischen die „größte Herausforderung des 21.Jahrhunderts“⁴ und die Zeitschrift „Kommunalpolitische Blätter“ erkennt in ihm zumindest „das spannendste

¹ Ich danke Herrn Diplom-Politologen *Ingo Einacker (Difu)* für wichtige Hilfe bei der Materialsammlung und Datenaufbereitung. Der folgende Text folgt streckenweise früheren Publikationen des Verfassers, die im Literaturverzeichnis enthalten sind.

² *U. Pfeiffer* u.a. 2001, S.14

³ *Udo di Fabio*, FAZ 12.10.2002

⁴ Zit. nach *Bosbach*, FR 23.2.2004

Thema der nächsten Jahre“⁵. Die politische Praxis schwankt zwischen Abwehr und Nachfrage nach Wissenstransfer.

Die Funktion meines Beitrages sehe ich darin, in der gebotenen Kürze einige wichtige demographische Prozesse der Vergangenheit zu beschreiben, einige wenige Projektionen in die Zukunft zu kommentieren, vor allem die unterschiedliche Betroffenheit der Städte und Regionen zu verdeutlichen und abschließend – in Thesenform – einige Anregungen für die Stadtpolitik zum strategischen Umgang mit den zu erwartenden Trends vorzutragen.

2. Nationales Bevölkerungsvolumen

a) Natürliche Bevölkerungsentwicklung

Die Bevölkerung nach Zahl und Struktur entwickelt sich bekanntlich in zwei Prozessen, die zunächst relativ wenig miteinander zu tun haben, nämlich der natürlichen Bevölkerungsentwicklung und dem internationalen Wanderungsgeschehen. Die natürliche Bevölkerungsentwicklung basiert auf den Geburten- und Sterbefällen. Von zentraler Aussagekraft ist die zusammengefasste Geburtenziffer: 210 Kinder pro 100 Frauen sichern, dass sich die Gesellschaft von Generation zu Generation regeneriert. In Deutschland beträgt die entsprechende Ziffer aber zur Zeit nur etwa 130 bis 140. Bei diesem Reproduktionsverhalten wird jeder nachfolgenden Generation etwa ein Drittel an Köpfen fehlen. Im Abstand von nur zwei Generationen, von Großeltern zu Enkeln, wäre die Bevölkerung halbiert.

Am Ende des 19. Jahrhunderts lag die zusammengefasste Geburtenziffer bei 450, das heißt sie war mehr als doppelt so hoch als zur Reproduktion notwendig. Der Rückgang setzte vor dem Ersten Weltkrieg ein. Nach dem Zweiten Weltkrieg hat es zwei dramatische Veränderungen in der Geburtenziffer gegeben: den in Ost und West parallel verlaufenden so genannten Pillenknicke (seit 1972 ist der Beitrag der natürlichen Bevölkerungsentwicklung zur gesamten Bevölkerungsentwicklung in Deutschland negativ) und den quantitativ noch bedeutsameren „Einigungsknicke“ in den Geburtenziffern in den neuen Bundesländern. Binnen drei Jahren haben sich hier die Geburtenziffern halbiert und nur sehr allmählich finden sie den Anschluss an das (zu niedrige!) Niveau des Westens.

⁵ Kommunalpolitische Blätter (2003), H. 8. S.6

Eine weitere wichtige Kennziffer der natürlichen Bevölkerungsentwicklung ist die mittlere Lebenserwartung. Im Westen hat die mittlere Lebenserwartung von 1965-1995 bei den Männern um 6,2 und bei den Frauen um 6,4 Jahre zugenommen, also etwa alle fünf Jahre um ein Jahr; im Osten waren es mit 3,2 und 5,6 Jahren deutlich weniger. Der Vorsprung der Lebenserwartung im Westen beträgt bei den Männern zur Zeit etwa zwei Jahre, bei den Frauen etwa ein Jahr. Prognosen gehen von einem kontinuierlichen Schrumpfen dieser Differenz aus.

b) Wanderungen zwischen Deutschland und dem Ausland

Der Wanderungssaldo zwischen Deutschland und dem Ausland unterlag in den letzten fünf Jahrzehnten starken Veränderungen. Den überwiegenden Phasen einer Nettozuwanderung stehen kürzere konjunkturell bedingte Phasen einer Nettoabwanderung gegenüber.

In dem 40-Jahreszeitraum zwischen 1960 und 2000 lag der durchschnittliche jährliche Wanderungssaldo bei 250.000 Personen. Allein in den sieben Jahren zwischen 1988 und 1994 sind per Saldo vier Millionen Migranten nach Deutschland gekommen. Die hohen Salden der 1990er Jahre werden voraussichtlich – trotz EU-Erweiterung – nicht anhalten, da Aussiedler- und Asylantenzahlen deutlich gefallen sind.

c) Bevölkerungsentwicklung

Internationale Wanderungen und natürliche Bevölkerungsentwicklung ergeben zusammen die gesamte nationale Bevölkerungsentwicklung, für Deutschland Ende 2002 82,5 Millionen Einwohner. Die frühen 90er Jahre waren durch hohe Zuwächse der Einwohnerzahl gekennzeichnet. Sie lagen über 500.000, und es ist kein Wunder, dass man die geringen Geburtenraten in dieser Zeit vergessen oder verdrängt hat. Die Zuwächse haben bis 1998 einen deutlichen Abbau erlebt, als mit nur 30.000 Einwohnern der niedrigste Bevölkerungszuwachs in Deutschland war. Seither bewegen wir uns mit Jahr für Jahr rund 100.000 Personen Zuwachs in der Bevölkerungsentwicklung in einem sehr ruhigen Fahrwasser.

d) Gesamtstaatliche Modellrechnungen

Das Statistische Bundesamt hat in der 9. koordinierten Bevölkerungsvorausschätzung vom Sommer des Jahres 2000 eine Modellrechnung vorgelegt und dabei mit zwei Wanderungsalternativen gerechnet, einer Alternative mit einem Saldo von 100.000 Personen Nettozuwanderung, das führt im Jahre 2050 zu 65 Mio. Einwohnern, ein Verlust von 17 Mio. Bei einem Saldo von 200.000 schrumpft die Bevölkerung nur auf 70 Mio., aber auch in diesem Fall ist der Bevölkerungsrückgang mit 12 Mio. Einwohnern nicht unerheblich. Diese 9. koordinierte Bevölkerungsvorausschätzung kann als ein Wendepunkt in der öffentlichen Aufmerksamkeit und Debatte eingeschätzt werden.

Eher weniger Resonanz hat bisher die 10. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung vom Sommer des Jahres 2003 gefunden, obwohl ich selbst sie als sehr wichtig einstufe und zwar aus drei Gründen:

1. Wegen ihrer Ergebnisse: Auf der Basis neuer Annahmen zur langfristigen Entwicklung der Lebenserwartung kommt sie (bei gleich bleibenden Annahmen zur Zuwanderung) zu deutlich höheren Bestandszahlen im Jahre 2050 (67 Mio. statt 65 Mio., 75 Mio. statt 70 Mio.), das heißt, die zuvor erwartete Schrumpfung von 12 Mio. wird fast halbiert. Sie tritt in der mittleren Variante erst ab 2012 ein. Darüber hinaus ergänzt sie die zwei Zuwanderungsalternativen um eine dritte mit einem Wanderungsgewinn von 300.000 p.a. Diese reduziert das Schrumpfungsvolumen weiter auf 1 Mio., eine im 50-Jahre-Zeitraum geradezu vernachlässigenswerte Größe.
2. Wegen ihrer impliziten „Botschaft“: Die Auffächerung der Bandbreite möglicher Zukünfte des Bevölkerungsstandes 2050 auf 14 Mio. (statt 5 Mio.) und die deutliche Verlagerung der alten oberen Variante/der neuen mittleren Variante um 5 Mio. nach oben, zeigen: So sicher sind die Volumensvorausberechnungen selbst auf nationaler Ebene nicht, wie manchmal suggeriert wird.
3. Wegen einer denkbaren Gefahr, nämlich, dass die Instabilität der rechnerischen Ergebnisse zu einer mentalen Abkehr von jeglichen Vorausberechnungen führt, dass also in nationaler und lokaler Politik, in Wirtschaft und Öffentlichkeit der Eindruck entsteht, man müsse diese „Spielchen“ nicht weiter beachten, es käme doch stets anders als

prognostiziert⁶ . Dieses wäre vor allem deshalb fatal, weil die unsicheren Bevölkerungsvolumina kaum Einfluss auf die drei großen strukturellen Trends haben: Alterung, Heterogenisierung und Vereinzelung.

3. Nationale Bevölkerungsstruktur

a) Alterung

Die natürliche Bevölkerungsentwicklung mit ihrer unzureichenden Nettofortpflanzungsrate ist der Hauptgrund für die fortschreitende Alterung. Hinzu tritt die weiter wachsende Lebenserwartung (2050 mittlere Variante: Männer – 81,1 Jahre, Frauen – 86,6 Jahre)⁷. Dabei kommt der gravierende Alterungsschub erst noch, der das Medianalter von 39 (2000) auf über 50 Jahre (2050) anheben und die demographische Altenquote nochmals verdoppeln wird. Die Zahl der Hochbetagten (über 80 bzw. über 85 Jahre) wird sich bis 2050 sogar verdreifachen⁸, die Quote mindestens vervierfachen.

b) Heterogenisierung

Die voraussichtlich erhebliche internationale Zuwanderung führt zur Heterogenisierung der in Deutschland lebenden Bevölkerung. Mit diesem zugegebenermaßen noch unüblichen Begriff soll dem Tatbestand Rechnung getragen werden, dass die Migration die Verschiedenheit der Einwohner erhöht. Wichtig für die Städte mit ihren Integrationsaufgaben ist vor allem die Zuwanderung von Ausländern aus Nicht-Industriestaaten und fremden Kulturkreisen und – noch – die Zuwanderung von (deutschen) Spätaussiedlern mit ihren oft nichtdeutschen Angehörigen⁹.

c) Vereinzelung

⁶ *Bosbach*, FR 23.2.2004

⁷ Statistisches Bundesamt 2003

⁸ Arbeitsgruppe 2002, S. 194, *Birg* 2003, S. 36, 46

⁹ Inzwischen sollen drei Viertel der Aussiedler nicht-deutscher Herkunft sein (FAZ 29.6.02, FAZ 31.7.02)

Man mag darüber streiten, ob dieser dritte Prozess noch zur Demographie i.e.S. zu zählen ist. Ich bezeichne damit die relative Zunahme von 1-Personen-Haushalten. Wichtig scheint mir hier vor allem die Unterscheidung der 1-Personen-Haushalte nach Alter und Familienstand zu sein. Etwa 40 Prozent sind unter 45 Jahre alt, überwiegend ledig; 37 Prozent sind über 65 Jahre alt, überwiegend verwitwet¹⁰. Beide Gruppen unterscheiden sich grundlegend in Lebensweise, Erwerbsbeteiligung etc. und stellen auch sehr verschiedene Anforderungen an die Kommunen. Für den Lebensstil der Alleinstehenden sind – gerade in jüngeren Jahren – die spezifischen Angebote der Städte besonders attraktiv. Da die Quote der Alleinstehenden (bundesweit ca. 37 Prozent) daher in Städten höher ist als im ländlichen Raum – die ersten Großstädte haben die 50-Prozent-Linie für 1-Personen-Haushalte überschritten, einzelne Quartiere die Zwei-Drittel-Linie¹¹ – werden die Vereinzelungsfolgen Städte (in Ost und West) mit Sicherheit besonders treffen.

4. Intranationale, groß- und kleinräumige Wanderungen

a) Ost-West-Wanderung

Im Mittelpunkt der aktuellen Diskussion bei der räumlichen Betrachtung der Bevölkerung stehen in den letzten Jahren wieder die Ost-West-Wanderungen. Der Saldo zu Lasten des Ostens fiel von anfänglich rund 360.000 zu seinem niedrigsten Punkt im Jahre 1997 auf bloße 10.000. Aber: Seit 1998 ist dieser Saldo wieder angewachsen und wird 2003 wieder über 100.000 liegen¹². Vor allem ist wichtig zu beachten, dass diese Ost-West-Wanderung wie auch die später zu behandelnde Stadt-Umland-Wanderung selektiv verläuft. Es sind vor allem Jüngere, Frauen und besser Ausgebildete, die fortziehen und dadurch *uno acto* die demographische Reproduktion und den wirtschaftlichen Aufholprozess im Osten eher erschweren.

Bei großräumigen Wanderungen innerhalb eines Nationalstaats sind in Friedenszeiten nach übereinstimmender Meinung der Wissenschaftler die Differenzen in der Wirtschaftslage (Einkommensverhältnisse, Arbeitsmarktverhältnisse) die treibenden Faktoren. Bis 1996 lag die

¹⁰ Für 1999 Statistisches Jahrbuch 2001, S.63

¹¹ So St.Georg in Hamburg, wo 67,8 Prozent der Haushalte Single-Haushalte sind (Hamburger Abendblatt, 20.7.02)

¹² Vgl. Enquête-Kommission: Schlussbericht, 2002, S.23, FAZ 2.10.2002

Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts Ost über der des Westens und in dieser ganzen Zeit ist der negative Wanderungssaldo des Ostens gefallen. Seit 1997 liegt die Wachstumsrate Ost kontinuierlich unter der Wachstumsrate West und ab diesem Wendepunkt 1997 ist der negative Wanderungssaldo wieder angestiegen.

b) Suburbanisierung

Die Suburbanisierung ist der quantitativ bedeutsamste Wanderungsprozess in der Bundesrepublik Deutschland gewesen und wird es wohl auch in Zukunft bleiben.

In den Agglomerationsräumen in Westdeutschland ist im Zeitraum 1990 bis 2000 eine Bevölkerungszunahme von 4,2 Prozent eingetreten, in den Kernstädten allerdings hat die Bevölkerung geringfügig abgenommen, in den umliegenden Kreisen dagegen etwa doppelt so stark wie im Agglomerationsraum insgesamt zugenommen. Ähnlich ist der Befund für die verstädterten Räume. Bei deutlich höherem Bevölkerungswachstum (7,3 Prozent) erreichten die Kernstädte nicht einmal ein Zehntel dieses Durchschnitts des Gesamttraumes, während die umliegenden Kreise auch hier überproportional wuchsen. In beiden Regionstypen sind die Kreistypen mit der geringsten Dichte oder mit der deutlichsten Peripherielage am schnellsten gewachsen, ein Zeichen für kleinräumige Dekonzentration der Bevölkerung. In den Agglomerationsräumen Ostdeutschlands ist im gleichen Zeitraum eine Bevölkerungsabnahme von 2,0 Prozent eingetreten, überproportional in den Kernstädten und (hoch) verdichteten Kreisen. Auch in den verstädterten Räumen ist bei einer deutlich größeren Schrumpfung von im Durchschnitt über 8 Prozent die Kernstadt am stärksten betroffen, das Umland nur unterproportional. Ob diese Prozesse in Zukunft so anhalten werden, zählt zu den strittigen Fragen der regionalisierten Bevölkerungsprognostik¹³.

5. Städte im Ost-West-Vergleich

Die Bevölkerungsentwicklung der Städte im Ost-West-Vergleich seit der Wende ist äußerst konträr:

- Nur 5 Prozent der Ost-Städte sind (geringfügig) gewachsen, während 95 Prozent (bis zu 20 Prozent) ihrer Bevölkerung verloren haben.

- Knapp 10 Prozent der West-Städte sind (geringfügig) geschrumpft, während über 90 Prozent ihre Bevölkerung (bis zu 30 Prozent) vermehren konnte.

Nennenswerte Schrumpfung ist bislang also ein Phänomen in ostdeutschen Städten. Allerdings wird sie im Zeitablauf auch mehr und mehr westdeutsche Städte erreichen.

II. Betroffenheit der Städte

1. Systematisierung der Effekte

Demographische Prozesse können für Politik und Verwaltung auf allen Ebenen unseres föderativen Staates (Bund, Länder, Gemeinden) aus unterschiedlichen Gründen relevant werden.

1. Demographische Prozesse sind selbst Auslöser von einzelfallbezogenem Verwaltungshandeln (im Standesamt, Einwohnermeldeamt, Ausländeramt). Ihr Volumen bestimmt daher über die Nachfrage nach spezifischen Verwaltungsleistungen und entsprechend über das notwendige Angebot an solchen Verwaltungsleistungen.
2. Demographische Prozesse beeinflussen Bevölkerungsvolumen und Bevölkerungsstruktur in einem Gebiet und damit die Nachfrage nach personenbezogenen Infrastrukturleistungen, die die öffentliche Verwaltung selbst anbieten oder gewährleisten möchte (vom Kindergartenplatz bis zur Einäscherung).
3. Demographische Prozesse beeinflussen schließlich direkt oder indirekt wirtschaftliche und gesellschaftliche Prozesse und generieren Probleme, auf die Politik und Verwaltung, auch ohne die demographischen Prozesse selbst zu steuern, reagieren möchten oder müssen (Arbeitsmarkt, Wohnungsmarkt, öffentliche Sicherheit u.a.m.).
4. Demographische Prozesse als Aggregate können aus wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Gründen aber auch direkt beeinflusst werden. Das gilt für internationale Wanderungen (von einer restriktiven Asylpolitik bis zu einer fördernden Green-Card-Regelung), für Binnenwanderungen und auch für die natürliche Bevölkerungsentwicklung (Bevölkerungspolitik i.w.S.). Dies kann sehr direkt geschehen (Mobilitätshilfen der Bundesanstalt für Arbeit) und indirekt: Maßnahmen der

¹³ Vgl. *Hallenberg* 2002 und ein aktuelles Wüstenrot-Symposium „Leben im Eigentum der Stadt“ (FAZ 31.10.03):

Familienpolitik wird – offen oder verdeckt – oft ein geburtenfördernder Nebeneffekt zugeschrieben¹⁴.

Städte¹⁵ sind im Rahmen ihrer verfassungsrechtlichen Kompetenzen und in politikfeldspezifischen Verflechtungen mit Bund und Ländern auf allen vier Ebenen betroffen und tätig.

Es kann mit Fug und Recht behauptet werden, dass der demographische Wandel als eine der zentralen Rahmenbedingungen der Stadtentwicklung zu charakterisieren ist, weil er nahezu alle Felder der kommunalen Politik meist intensiv berührt. Dies soll im Folgenden zwar systematisch, aber doch exemplarisch demonstriert werden, indem die vier Kernbefunde (Alterung, Vereinzelung, Schrumpfung und Heterogenisierung) auf drei unterschiedliche Begriffe von Stadt bezogen werden.

- Mit „Stadt als Wirtschafts- und Lebensraum“ wird die Gesamtheit der ökonomischen und sozialen Prozesse umrissen. Städte sind Netzknoten in Feldern räumlicher Verflechtungen, Netzknoten, die sich durch ein besonders Aktivitäts-, aber auch Problemniveau auszeichnen.
- Die „gebaute Stadt“ bezieht sich auf das räumliche Erscheinungsbild der Siedlungen in der Stadtregion (Dichte, Höhe, öffentliche Räume, Stadtkante etc.), auf die räumliche Verteilung der Aktivitäten in Gebäuden und Freiräumen, aber auch die unsichtbaren physischen Infrastrukturen und die Beziehungen zur umgebenden und eingeschlossenen Natur („Stadtlandschaft“).
- Die „politische Stadt“ meint ihre Verfasstheit als Gebietskörperschaft im föderativen Staat, die demokratische Willensbildung, Bürgerbeteiligung an Planungs- und Entscheidungsprozessen, kompetenzielle Handlungsspielräume, finanzielle Handlungskraft, politisch-administrative Handlungseffizienz, Aufgabenteilung und – verschränkung zwischen öffentlichem und privatem Sektor.

Mit diesem Ansatz ergibt sich als gedankliche Systematik eine Matrix, in der die vier demographischen Prozesse als Auslöser/Ursachen aufgefasst werden und die Felder mit beispielhaften Herausforderungen belegt werden (s. Tabelle 1).

¹⁴ Vgl. Mäding/Mohr 2001

¹⁵ Die Aussagen gelten meist analog für Gemeinden und Kreise

Tabelle 1

	Stadt als Wirtschafts-/ Lebensraum	Gebaute Stadt	Politische Stadt
Alterung und Vereinzelung	Belastung des Gesundheitssystems	Nachfrage nach altersgerechten Angeboten	Neue Prioritäten
	Vergesellschaftung von Dienstleistungen	Wachsende Wohnfläche/Kopf	Sinkende politische Beteiligung
Schrumpfung	Nachfragerückgang	Leerstände	Sinkende Finanzkraft
	Arbeitskräfterrückgang	Weite Wege	„Misserfolg“
		Steigende Kosten	
Heterogenisierung	Disparität	Segregation	Sinkende politische Beteiligung
	Desintegration		Polarisierung

2. Alterung (und Vereinzelung)

Der Prozess der Alterung ist – im Unterschied etwa zur Schrumpfung – ein säkularer Prozess und ein genereller Prozess: In Ost und West, Stadt und Land, unterschieden höchstens im Tempo.

Wegen ihrer Konsequenzen wird die Alterung – oft verstärkt durch den Prozess der Vereinzelung – von vielen Wissenschaftlern als der gesamtgesellschaftliche und gesamtwirtschaftlich bedeutsamste demographische Wandel bezeichnet¹⁶.

Offenkundig und in der Grundstruktur leicht nachvollziehbar sind die Konsequenzen für die sozialen Sicherungssysteme, allen voran die Rentenversicherung¹⁷. Die Logik lässt den Politikern nur die Wahl zwischen unterschiedlichen Mischungen aus vier Übeln:

¹⁶ U.a. Pfeiffer, 2001, Institut für Stadtentwicklung und Wohnen 2000, S.14.

¹⁷ Vgl. den Bericht der Rürup-Kommission.

Beitragserhöhung, Leistungskürzung, Zuschüsse aus dem Steueraufkommen oder Verlängerung der Arbeitszeit. Eine Gleichbehandlung der Generationen ist ausgeschlossen, die Versuchung zur Vertagung von Reformen ist groß.

Für die Städte als Wirtschafts- und Lebensraum ist weniger diese finanzwirtschaftliche „Mechanik“ wichtig als das infrastrukturelle Leistungsangebot. Berücksichtigt man den Zusammenhang zwischen Alter und Krankheitskosten ist beim überproportionalen Zuwachs gerade der Hochbetagten hier eine überproportionale Belastung zu erwarten¹⁸. Wer wird zukünftig die Gesundheitsdienstleistungen und Pflegedienstleistungen in welchen Arrangements erbringen? Hier trifft sich Alterung mit Vereinzelung: Heute werden schätzungsweise 80 Prozent der Pflegedienstleistungen in Familien erbracht (primär von Ehefrauen und Töchtern¹⁹). In dem Maße wie die Kinderzahl niedrig bleibt und vor allem die Hochbetagten aus verschiedenen Gründen vermehrt ohne Partner sind, tritt eine zunehmende Vergesellschaftung der Dienstleistungen auf. Neue (Typen von) Infrastrukturen werden nötig, über die – soweit Marktfinanzierung ausscheidet – öffentlich zu entscheiden ist, vom Leistungstyp (Beratung, personale Dienstleistung) her natürlich am besten auf der lokalen Ebene: Zumindest über die Gewährleistung, auch wenn die Leistungen selbst von einem breiten Spektrum kommerzieller bis rein karitativer Träger erbracht werden. Neue Alternativen zum Heim, etwa betreutes Wohnen, Gruppenselbsthilfe, fordern neues Denken auch von Wohnungsunternehmen.

Auch in der „gebauten Stadt“ wird die Alterung teils über Marktprozesse, teils über politische Entscheidungen ihre Spuren hinterlassen (müssen). Altersgerechtes Wohnen, altersgerechte Infrastrukturen, mehr Fahrstühle/Rolltreppen, statt langer Treppen, auch in den ÖPNV-Systemen. Die Wohnfläche pro Kopf nimmt zu.

Eine spannende Frage betrifft die Einflüsse der Alterung auf die „politische Stadt“. Altersverschiebungen im Wählerpotential können Umgewichtungen in den politischen Prioritäten zur Folge haben. Hier sind Zukunftsaussagen mit großen Unsicherheiten behaftet, oft an der Grenze zur Spekulation. Ich halte eine verstärkte Berücksichtigung von altenspezifischen Interessen und Ansichten in den existierenden (Volks-)Parteien für wahrscheinlicher als den Aufschwung einer spezialisierten Altenpartei (vgl. Graue Panther).

¹⁸ Allein zwischen 2000 und 2050 soll die Zahl der Pflegebedürftigen von 2 auf 4,7 Mio. wachsen. DIW zit. nach Pfeiffer u.a. 2001, S.33

Unzufriedenheit mit der absehbaren Verschlechterung im Beitrags-Leistungs-Verhältnis der Sozialversicherungssysteme kann abfärben auf allgemeine politische Unzufriedenheit.

Manifeste Konflikte sind weniger wahrscheinlich als enttäuschter Rückzug aus den politischen Betätigungen (sinkende Wahlbeteiligung). In einer deutlich gealterten Gesellschaft wird sich auch das vorherrschende mentale Verhältnis zu Zukunft und Risiko verschieben. Ob damit allerdings für die Kommunalpolitik aus diesem Grund etwa die Investitionsneigung sinkt und welches Gewicht dieser Einfluss hat, muss hier offen bleiben.

3. Schrumpfung

Schrumpfung ist auf der Ebene der einzelnen Stadt eine Resultante, hinter der vier demographische Primärprozesse als Komponenten stehen: natürliche Bevölkerungsentwicklung, internationale Wanderungen, großräumige Binnenwanderungen, z.B. Ost-West, sowie Suburbanisierung. In Oststädten kumulieren sich die vier Primärprozesse meist, in Weststädten saldieren sie sich eher, aber nach 2020 ist Bevölkerungstabilität auch im Westen nur noch für wenige Städte realistisch.

Schrumpfung birgt für die „Stadt als Wirtschafts- und Lebensraum“ die Gefahr eines zirkulär-kumulativen Prozesses: Sie produziert Leerstände, sinkende Attraktivität, verstärkte Schrumpfung. Dies gilt auf Quartiersebene stärker als auf Stadtebene, auf Stadtebene stärker als auf Regionsebene. Schrumpfende Kernstädte in stabilen oder gar wachsenden Stadtregionen sind im Westen häufig²⁰, ohne diese zirkulären Folgeprozesse auszulösen. Umgekehrt gibt es zahlreiche wachsende Gemeinden im Osten, die vom Suburbanisierungsprozess profitieren.

Für die „Stadt als Wirtschafts- und Lebensraum“ und die „gebaute Stadt“ bedeutet Bevölkerungsrückgang von merklichem quantitativen Gewicht

- sinkende Nachfrage nach privaten Gütern und Diensten: Wirtschaftliche Schwierigkeiten vom Einzelhandel bis zum Rechtsanwaltsbüro. Ausdünnung des Angebots nach Palette und

¹⁹ U.Pfeiffer u.a.2001, S.66

²⁰ Fachkommission 2002

Erreichbarkeit, sinkendes Angebot an Arbeitskräften und damit insgesamt sinkende Attraktivität,

- sinkende Infrastrukturnachfrage: Kleinere Klassen, leere Hallenbäder, allenthalben steigende Stückkosten, evtl. Schulschließung, Badschließung, wachsende Einzugsbereiche, weite Wege, zugleich leerere Busse, evtl. Ausdünnung des ÖPNV-Angebots, große Schwierigkeit, die weiten Wege öffentlich zurückzulegen, Verschiebung des modal split.
- Schrumpfung bedeutet leere Wohnungen, leere Läden, Verfall der Immobilienwerte, direkt und indirekt. Wenn am leeren Nachbarhaus die Fenster gegen Vandalismus vernagelt werden, sinkt auch meine Lebensqualität. Leerstand fördert in push- und pull-Prozessen innerörtliche Mobilität und damit Segregation.
- Attraktivitätsverluste dieser Art und der Arbeitskräfterrückgang schrecken tendenziell auch Investoren, Unternehmensgründer, und selektive Schrumpfung gerade bei den jungen Jahrgängen, bei den Qualifizierteren, hemmt die zukünftigen Chancen vor allem dann, wenn demnächst die veränderte Bevölkerungspyramide den Wettbewerb um junge, qualifizierte Erwerbstätige weiter ankurbelt.

Für die „gebaute Stadt“ ist Schrumpfung allerdings ambivalenter. Neben Leerständen und weiten Wegen zeigen sich eventuell auch positive Seiten.

- Der Siedlungsdruck lässt nach, wenn auch nicht proportional. Freiflächen am Stadtrand und im Innern bleiben erhalten, bei Abriss und ökologischer Aufwertung können neue Freiflächen hinzukommen. Die Wohnumfeldqualität steigt.
- Städte sind bekanntlich belastet mit einer Vielzahl von Emissionen. Schrumpfung senkt mit den Aktivitätsniveaus Luftverschmutzung und Lärmemissionen, führt zu ökologischer Entlastung.
- Viel kommt darauf an, wie sich Auf- und Abwertung im Raum verteilen zwischen Zentrum und Peripherie, eher konzentriert oder eher räumlich gleichverteilt²¹.

²¹ In Leipzig hat in einzelnen Quartieren der Bevölkerungsrückgang inzwischen über 50 Prozent erreicht (Fachkommission 2002, S.14).

Stadtentwicklungspolitik, nun als fachliche und räumliche Steuerung von Schrumpfungprozessen, erhält neue Schwierigkeit und Dringlichkeit. Unter den Oststädten hat vor allem Leipzig, besonders betroffen, begonnen, sich hinsichtlich der Qualität der Planungen hier einen Namen zu machen.

Für die „politische Stadt“ ist Schrumpfung eine extreme Herausforderung, ungleich schwieriger als Wachstum:

- Über die finanzwirtschaftlichen Konsequenzen vor allem auf der Ausgabenseite schrumpft die Handlungskraft der politischen Akteure mit. Auch Steuereinnahmen und Zuweisungen im Finanzausgleich reagieren im deutschen kommunalen Einnahmensystem stark sensitiv auf überdurchschnittlich abnehmende Bevölkerungszahlen.
- Die politische Stadt wird auch auf anderen Wegen als übers Geld auf die Probe gestellt. Im demokratischen Wettbewerb sind Erfolge die beste Voraussetzung für Wiederwahl, Misserfolge für Abwahl. Schrumpfung steht heute noch als Symbol für Misserfolg. Alle Städte werden versuchen, Schrumpfung zu minimieren. Unabhängig von der erwähnten Ambivalenz der Schrumpfungswirkungen und unabhängig von der undurchsichtigen Kapazität der politischen Akteure, Schrumpfung selbst zu beeinflussen (und nicht nur zu kanalisieren), hängt sie wie ein Makel über der Amtszeit. Da braucht man viele andere Vorzüge, um am Wahltag im Amt zu bleiben. Kein Wunder, dass es vielen Politikern nicht opportun erscheint, dieses Thema überhaupt anzusprechen, dass sogar nach neuen „schöneren“ Worten fürs Phänomen gesucht wird²². Schrumpfung ist aber nicht nur für Politiker gefährlich. Schrumpfung provoziert auch die planende Verwaltung. Jahre des überwiegenden demographischen und ökonomischen Stadtwachstums gaben ihr Erfahrungen, die nun nichts mehr gelten, da Umkehrschlüsse unzulässig sind, sie gaben ihr Instrumente und Verfahren der Wachstumsteuerung, die bei Schrumpfung nicht mehr greifen! Es sind also nicht nur auf der Ebene der Planungsphilosophie, sondern handfest auf der Ebene der Planungsinstrumente Innovationen nötig.

4. Heterogenisierung

Heterogenisierung als ein demographischer Prozess bezieht sich auf internationale Zuwanderung. Gerade aus der Perspektive kommunaler Problemlagen, der „Herausforderungen

für die Stadtpolitik" ist der rechtliche Status „Ausländer“ nur eine erste, unbefriedigende Annäherung, dasselbe gilt auch für die beliebte statistische Kennzahl Ausländerquote.

Dazu nur ein Argument: Unter Integrationsgesichtspunkten stellt ein deutscher Spätaussiedler aus GUS-Staaten sicherlich größere Anforderungen als der Chef der Deutschen Bank, ein Schweizer, und voraussichtlich auch als der legendäre Green-Card-Inhaber aus der indischen Mittelschicht. Zudem verändern Neuregelungen des Staatsbürgerschaftsrechts zwar Ausländerzahlen und -quoten (u.a. via Einbürgerung)²³, ohne im gleichen Maße auch die realen Herausforderungen für die Städte zu ändern.

Für die „Stadt als Wirtschafts- und Lebensraum“ ist die Heterogenisierung vor allem deshalb eine Herausforderung, weil sie vermehrte Integrationsleistungen erfordert. Tag für Tag sind die Zeitungen voll von Meldungen, die statistische Abweichungen, „Disparitäten“, zwischen Einheimischen bzw. Deutschen und Zugewanderten bzw. Ausländern anzeigen, die Indikatorfunktion für unzureichende Integration besitzen.

- Trotz oft ausgeprägter Bildungsaspirationen ist ihre Bildungsbeteiligung niedriger, ihr Bildungserfolg auch in der zweiten und dritten Generation weit unterdurchschnittlich. Mehr als die Hälfte der ausländischen Jugendlichen in Deutschland erwerben keinen weiterführenden Schulabschluss (FAZ 24.8.2002)²⁴. „Fast 40 Prozent der türkischen Erwerbsspersonen unter 25 haben keine Berufsausbildung“²⁵. Bei der Berufsausbildung junger Ausländer in Deutschland erkennt das DIW sogar Rückschritte.²⁶
- Ihre Arbeitsmarktbeteiligung ist (auch daher) niedriger, ihre Arbeitslosenquote häufig zwei- bis dreimal so hoch.²⁷ „Einwanderung nach Deutschland ist seit fast 10 Jahren oft Einwanderung in die Arbeitslosigkeit“ (FAZ 31.7.02). Entsprechend hoch sind die Sozialhilfequoten, die direkt die kommunalen Haushalte belasten.

Für die „gebaute Stadt“ beherrscht in enger Wechselwirkung mit der „Stadt als Wirtschafts- und Lebensraum“ das Thema Segregation die wissenschaftlichen und politischen Debatten. Segregation als räumlich ungleiche Verteilung der Bevölkerung auf dem städtischen Territorium verstärkt die Effekte der Heterogenisierung.

²² Z.B. „Entdichtung“, ARL-Nachrichten 4/2002, S.30

²³ So soll z.B. die Ausländerquote in Stuttgart von 22,7 Prozent (2001) auf 19,5 Prozent (2015) sinken (Lindemann 2002, S.160).

²⁴ Vgl. auch Birg 2003, S.43

²⁵ Pfeiffer u.a.2001, S.62, vgl. auch DIW-Wochenbericht 29/2000 vom 20.Juli 2000

²⁶ Jeschek 2002

²⁷ Arbeitslosenquote der türkischstämmigen Berliner 42 Prozent (FAZ 9.7.02), vgl. auch Birg 2003, S.43

Die Begründung der Segregation liegt oft eher weniger in einer verständlichen sozialen Kohäsion unter den Zuwanderern, die das Einleben erleichtert, als in einer sozialen und ökonomischen Exklusion der sog. Mehrheitsgesellschaft, die attraktive Räume und Wohnungen vorrangig über den Preismechanismus verteidigt und den ökonomisch schwachen Zuwanderern inattraktive Räume und Wohnungen überlässt, die sich oft durch Desinvestition (Abnutzung, Verfall) zügig verschlechtern. Immer gab es gute und schlechte Quartiere in der Stadt; die spezifische Herausforderung für die Stadt besteht heute in der zunehmenden Ethnisierung sozialer Konflikte und im Übergewicht der negativen Isolierungs- und Abwertungswirkungen über die positiven Schutz- und Stabilisierungswirkungen für die – vor allem die jungen – Migranten.

Abschließend zur „politischen Stadt“:

Heterogenisierung bedeutet zunächst, dass im deutschen Rechtssystem viele Einwohner der Stadt von der formellen Beteiligung am politischen Prozess über Wahlen ausgeschlossen sind, der Terminus „Kommunale Selbstverwaltung“, ein Verfassungsprinzip, läuft für sie leer. Die Wahlrechte für EU-Bürger auf der kommunalen Ebene sind eine überfällige Normalisierung gewesen, doch Nicht-EU-Bürger bleiben ausgeschlossen. Heterogenisierung gekoppelt mit sprachlicher Inkompetenz führt auch dazu, dass mehr und mehr Einwohner die lokalen Geschehnisse nicht im Dialog, auf der Mieterversammlung, der Bürgerversammlung mitbesprechen, mitgestalten, ja sogar oft nicht einmal mehr passiv mitverfolgen (auch diese Option gehört zur Freiheit des Bürgers!), soweit nicht fremdsprachige Lokalsender/Lokalzeitungen verfügbar sind, was i.d.R. nur für die größten Großstädte und auch da nur partiell und selektiv zutrifft. Heterogenisierung gemischt mit der vorrangigen Thematisierung ethnisierter sozialer Konflikte kann in der politischen Landschaft der Stadt die Polarisierung vorantreiben und politischem Extremismus (von Einheimischen und Migranten) Rückenwind geben. Das ist keine Beschreibung der vorherrschenden Lage, sondern einer Gefahr, der bislang nur Einzelfälle zugeordnet werden können und die für das politische Gemeinwesen Stadt eine zentrale Herausforderung darstellt.

III. Konsequenzen für die Politik

Ich werde nun nicht mehr mit derselben Systematik und Gründlichkeit die einzelnen kommunalen Politikfelder auf Instrumente durchbuchstabieren, mit denen auf solche Herausforderungen reagiert werden kann: Von der Wirtschaftsförderung bis zur Wohnungspolitik, von der Aufwertung von Stadtquartieren bis zum Deutschlernen im Kindergarten. Es würde sich dabei m.E. zeigen lassen, dass der demographische Wandel i.d.R. „nur“ die Dringlichkeit bestimmter Maßnahmen unterstreicht, nicht aber völlig neue Politikentwürfe erfordert (wichtigste Ausnahme: Abriss als Antwort auf Schrumpfung).

Auch kann ich nicht über gute und schlechte Erfahrungen mit solchen Instrumenten in Städten unterschiedlicher Rahmenbedingungen berichten, Erfolgsfaktoren identifizieren usw. Dies alles wäre zwar hochgradig nützlich, setzte aber zugleich ein immenses, ambitioniertes Forschungsprogramm voraus.

Ich möchte stattdessen meine Überlegungen durch einige Thesen abschließen, die als politikfeld-unabhängige, generelle Anregungen für den politischen Umgang mit dem demographischen Wandel auf der lokalen Ebene zu verstehen sind.

1. Die Prozesse des demographischen Wandels sind von erheblicher stadtbestimmender Wirkung, welchen Stadtbegriff man auch zugrundelegt. Sie verdienen adäquate und das heißt mehr Aufmerksamkeit: schonungsloses Monitoring, langfristige Prognosen²⁸, konzeptionelle Politikentwürfe, nicht die lang praktizierte Erkenntnisverweigerung.
2. Unter den Politikfeldern ist Bevölkerungspolitik i.e.S. aus vielen Gründen politisch schwer zugänglich, unter den Ebenen im föderativen Staat am ehesten noch dem Bund (z.B. Zuwanderung). Kommunen können Volumen und Struktur ihrer Bevölkerung nur über die Wanderungen, also über eine allgemeine „Attraktivitätspolitik“ im Wettbewerb um Einwohner beeinflussen. Es fehlen wirksame bevölkerungspolitische Instrumente. Sie müssen weitgehend Anpassungspolitik an gegebene demographische Prozesse betreiben.

²⁸ In einer Übersicht über die Stadtforschung in deutschen Städten betreffen 10 Prozent der Nennungen demographische Fragen, aber darunter nur knapp 4 Prozent überhaupt Prognosen (Verband Deutscher Städtestatistiker, 2002)

3. Das entbindet EU, Bund und Länder nicht von der Verpflichtung für dieses kommunale Handeln einen adäquaten Rahmen zu schaffen, vor allem Handlungsspielräume und ausreichende finanzielle Mittel. Die Gemeindefinanzreform-Kommission hat es nicht vermocht, die Verbindungslinien zwischen demographischem Wandel und Kommunal финанzen zu thematisieren und die Einwohnerabhängigkeit der kommunalen Einnahmen etwas zu lockern.
4. Anpassungspolitik in einem partiell inadäquaten Rahmen legt schon aus Prinzip bescheidene Gestaltungsziele nahe. Gerade aber auch die Richtung der demographischen Einzelprozesse selbst macht es erforderlich, sich auch materiell mit bescheideneren Entwicklungszielen zu befreunden. Schrumpfung und Alterung erlauben uns keine großen Sprünge mehr. Mentaler Abschied vom Wachstumsdenken und Jugendkult ist aber leichter gesagt als getan. Hierfür fehlt z.Zt. die politische Unterstützung in der Bevölkerung. Doch besser früh und freiwillig, als spät und nur gezwungenermaßen. Mut zur Bescheidenheit darf nicht mit Verzicht auf politische Gestaltung verwechselt werden.
5. Will man die Folgen des demographischen Wandels stadtverträglich und einwohnerfreundlich beeinflussen, so setzt dies eine langfristige Stadtentwicklungsplanung und –politik voraus. Eine der größten Herausforderungen im politisch-administrativen Prozess werden die Vielzahl zeitlicher Inkongruenzen und die Länge der Reaktionszeiten sein. Ursachen heutiger Phänomene liegen oft Generationen zurück, heutiges Verhalten wirkt über Generationen in die Zukunft. Dieser langfristige Horizont der demographischen Prozesse (Schrumpfung, Alterung) passt überhaupt nicht zum kurzfristigen Horizont politischer Wahlperioden, der auf die administrativen Orientierungen durchschlägt (zeitliches Steuerungs-dilemma). Gesamtstädtische und quartiersbezogene Analysen und Konzepte müssten zur Begrenzung des räumlichen Steuerungs-dilemmas miteinander verknüpft werden. Die fachlich versäulte Kommunalpolitik und –verwaltung müsste zur Begrenzung des organisatorischen Steuerungs-dilemmas bei dieser exemplarischen Querschnittsaufgabe zu kooperativem Handeln verbunden werden. „Bleibt nur die Hoffnung, dass die Politik mehr als zuvor den Mut hat, solche langfristigen Prozesse rechtzeitig anzugehen, die Bevölkerung ausreichend zu informieren und dann auch partiell unpopuläre Entscheidungen zu treffen.“²⁹

Literaturhinweise

Arbeitsgruppe beim Gemeindetag Baden-Württemberg, Auswirkungen der demographischen Entwicklung auf die Städte und Gemeinden, in: Die Gemeinde 125.JG.(2002), H.6, S.192-211

Birg, Herwig, Dynamik der demographischen Schrumpfung und Alterung in Europa: Gestaltungskonsequenzen für Deutschland, in: Landeshauptstadt Stuttgart, Statistisches Amt (Hrsg.), Demographischer Wandel – Herausforderung und Gestaltungsfeld ..., Themenheft 2/2003, S.11-49

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) (*Wolfgang Jeschek*), Die Integration junger Ausländer in das deutsche Bildungssystem kommt kaum noch voran, in: DIW-Wochenbericht 29/2000, Jg.67, S.466-476

Enquête-Kommission „Demographischer Wandel ...“, Schlussbericht, Bt-Drs 14/8800 vom 28.3.2002

Fachkommission Stadtentwicklungsplanung des Deutschen Städtetages, Auswirkungen des Bevölkerungsrückgang auf die Stadtentwicklung. Zum Stand der Diskussion in den Großstädten, Ms. undatiert (2002)

Hallenberg, B., Aktuelle Entwicklungen und Perspektiven der Stadt-Umland-Wanderung unter besonderer Berücksichtigung der Wohneigentumsbildung, in: vhw Forum Wohneigentum (2002) , H.3, S.133-142

Herfert, Günter, Die ostdeutsche Schrumpflandschaft, Ms 2003

Institut für Stadtentwicklung und Wohnen (Hrsg.), Mittelstädte – Beiträge zur Stadtentwicklung und Wohnen im Land Brandenburg 2 – 200, Frankfurt/Oder 2000

Jeschek, Wolfgang, Ausbildung junger Ausländer in Deutschland: Rückschritte bei der Berufsausbildung, in: DIW-Wochenbericht 27/2002, Jg.69, S.436-443

Kommission „Nachhaltigkeit in der Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme“ (sog. Rürup-Kommission), Bericht der Kommission, Berlin 2003

Lindemann, Utz, Prognose der Einwohner in Stuttgart 2002 bis 2015, in: Landeshauptstadt Stuttgart, Statistisches Amt (Hrsg.): Statistik und Informationsmanagement Monatshefte 61.Jg. (2002), H.8, S.148-165

²⁹ *Herfert* 2003, S.4

Mäding, Heinrich, - Wanderungsprozesse – Herausforderung für die Wohnungswirtschaft und die Städte, in: Difu Aktuelle Information, Berlin November 2000

- Demographische Trends in Deutschland: Vergangenheit - Gegenwart - Zukunft, in: Eugen Dick/Heinrich Mäding (Hrsg.), Bevölkerungsschwund und Zuwanderungsdruck in den Regionen. Mit welchen Programmen antwortet die Politik, Reihe Schnittpunkte von Forschung und Politik, Bd.4 (hrsg. von der Gesellschaft für Programmforschung), Münster etc. 2002, S.11-40

- Demographische Trends: Herausforderungen für die Städte, in: Landeshauptstadt Stuttgart, Statistisches Amt (Hrsg.), Demographischer Wandel – Herausforderung und Gestaltungsfeld ..., Themenheft 2/2003, S.57-66

- Demographische Trends in Ostdeutschland als Herausforderungen für die öffentliche Verwaltung, in: Schriftenreihe der Landesakademie für öffentliche Verwaltung Brandenburg, H.5, Neu Fahrland 2004

Mäding, Heinrich/Mohr, Katrin, Wanderungsprozesse in Ostdeutschland und Wohnungsmarkt –eine Herausforderung für Politik und Verwaltung, in: Landes- und Kommunalverwaltung, 11.Jg. (2001), H.10, A. 433-438

Pfeiffer, Ulrich u.a., Deutschland in den nächsten 30 Jahren: Die Zukunft gestalten, Positionspapier zum Kongress des Managerkreises der Friedrich-Ebert-Stiftung, 3.12.2001, Berlin 2001

Statistisches Bundesamt, Bevölkerung Deutschlands bis 2050, 10.koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung, Wiesbaden 2003

Verband Deutscher Städtestatistiker, Fachbereich Stadt- und Raumbeobachtung: Stadtforschungsprojekte deutscher Städte 2000, Ms.2002

Diskussionsbeiträge und Wortmeldungen

- Könnte eine Steigerung der Zuwanderung von außen eine Lösung sein, sinkende Bevölkerungszahlen auszugleichen oder drohen eher neue Probleme wie Desintegration, Segregation und Polarisierung?

Anmerkung Professor Dr. Mäding:

Im Zusammenhang mit Bevölkerungsrückgang wird oft eine Forcierung der Zuwanderung gefordert. Entscheidend für die sinkenden Bevölkerungszahlen ist jedoch der Mangel an Geburten, der mit steigender Zuwanderung nicht ausgeglichen wird. Allenfalls bei der Altersstruktur der Bevölkerung ergäben sich kurzfristig positive Auswirkungen, langfristig gäbe es keine Veränderungen. Der Überalterung der Gesellschaft ist nur durch eine Erhöhung der Geburtenziffern zu begegnen. Der Trend der Heterogenisierung wird durch Zuwanderung deutlich verstärkt.

- Der Rückgang der Bevölkerungszahlen ist von vielen Faktoren abhängig. Eine positive Wirtschaftsentwicklung, die Steigerung der Attraktivität der Städte und die Steigerung der Lebensqualität der Bürger sind entscheidend. Die wirtschaftlichen Zusammenhänge müssen stärker in den Focus genommen werden.

Anmerkung Professor Dr. Mäding:

Die Zusammenhänge zwischen wirtschaftlichen Entwicklung und demographischen Veränderungen sind in einem 45-minütigen Vortrag nicht annähernd darstellbar. Tatsächlich gibt es keinen linearen Zusammenhang zwischen der Entwicklung der Bevölkerungszahl und dem Pro-Kopf-Einkommen. Aber es gibt kumulative Prozesse, die die wirtschaftliche Entwicklung der Unternehmen vor Ort erschweren. Zurückgehende Nachfrage und sinkende Kaufkraft wirken sich aus.

Eine verstärkte Attraktivitätspolitik von Kommunen, um Menschen zur Inland-Wanderung zu bewegen, kann für einzelne Kommunen ein Gewinn sein, ist gesamtstaatlich gesehen aber ein Nullsummenspiel. Wird die Konkurrenz der Städte um Einwohner überzogen, kann dies zu

einem Aufschaukelungsprozess führen, der volkswirtschaftlich ineffizient ist. Zwangsläufig werden einzelne Städte in einem solchen Prozess Verlierer sein.

- Essen sollte die Schrumpfung als Chance begreifen, Strukturen an die sinkende Bevölkerungszahl anzupassen. Die Stadt steht innerhalb der Metropolregion gut da. Essen hat bspw. einen hohen Freiflächenanteil mit Erholungsqualitäten, eine hervorragende medizinische Versorgung, dies sind nur zwei Beispiele für Potenziale, die es zu nutzen gilt. Gibt es Best-Practice-Beispiele aus anderen Regionen oder Ländern, an denen Essen sich orientieren könnte?

Anmerkung Professor Dr. Mäding:

Es ist schwierig, aus dem demographischen Wandel selbst, positive Impulse abzuleiten.

Höchstens die ökologische Entlastung, sinkende Emissionen und Entdichtung können als positive Effekte des demographischen Wandels direkt betrachtet werden. Ansonsten liegen wenig Potenziale in dem Wandel selbst. Die hervorragenden medizinischen Möglichkeiten stehen in keinem primären Zusammenhang mit der demographischen Entwicklung, sind aber gleichwohl ein Potenzial, das genutzt werden sollte.

Intelligente Innovationspolitik und weitere politische Maßnahmen können negative Aspekte des Wandels kompensieren.

- Wirtschaftliche Attraktivität und urbane Wohnqualitäten sind nicht allein Kennzeichen interessanter anziehender Städte. Sind nicht vor allem auch Investitionen in die kulturelle Infrastruktur geeignet, um dem demographischen Wandel zu begegnen?

Anmerkung Professor Dr. Mäding:

Eine wirkungsvolle Attraktivitätspolitik muss sich auch mit weichen Standortfaktoren beschäftigen. Eine gut ausgeprägte Kulturlandschaft ist bedeutsam für die ökonomische Anziehungskraft einer Region.

- Konkurrenz zwischen Städten und Städten und ihrem Umland kann ruinös sein. Es bräuchte Wettbewerbsregeln. Gibt es dazu bereits Forschungsansätze oder Ergebnisse?

Anmerkung Professor Dr. Mäding:

Ernst Mönnich hat in der Zeitschrift Raumforschung und Raumordnung im Heft1/2005 unter dem Titel „Ruinöse Einwohnerkonkurrenz. Eine Analyse von Suburbanisierungsproblemen am Beispiel der Region Bremen“ eine Arbeit dazu veröffentlicht.

Politische Förderinstrumente wie Eigenheimzulage und Pendlerpauschale haben sicher dazu beigetragen, die Stadt-Umland-Konkurrenz zu verschärfen. Seit geraumer Zeit gibt es erste Ansätze, die auf einen Trend „Zurück-in-die-Stadt“ hinzuweisen scheinen. Die Ursachen sind vielfältig, aber steigende Energiepreise und attraktive Kulturangebote begünstigen die Entscheidung zugunsten der Stadt.

- Das generative Verhalten ist abhängig vom Familienbild der Gesellschaft. Es gibt ein Spannungsfeld zwischen der traditionell zu Hause bleibenden und erziehenden Mutter und der berufstätigen „Rabenmutter“, ein Wort, das es im Übrigen nur im Deutschen gibt. Es existiert immer noch die gesellschaftliche Vorstellung, dass Kinder am besten ganztägig von der Mutter betreut werden. Dies schlägt sich auch in der Infrastruktur (Halbtagsschulen, Halbtagskindergärten) nieder. Solange der Familienbegriff von diesen Werterhaltungsvorstellungen geprägt ist, braucht man sich über sinkende Geburtenziffern nicht zu wundern.

Anmerkung Professor Dr. Mäding:

Werte sind sicher zentrale Ursachenfaktoren für das Handeln von Paaren. Allerdings sind Wertvorstellungen kein Gegenstand politischer Einflüsse. Staatliche Aufgabe ist es nicht, die Steigerung der Fertilitätsrate von Frauen zu fordern, ebenso muss er sich jeder Wertediskussion enthalten. Die Kommune kann nur Rahmenbedingungen schaffen, damit Frauen bzw. Paare sowohl ihren Kinderwunsch erfüllen als auch – wenn sie es wünschen – ihrer Berufstätigkeit in vollem Umfang nachgehen können.

Statements

- Die Geburtenziffer sinkt bereits seit 30 Jahren. Das Gesundheitswesen ist zu wenig auf Prävention ausgerichtet. Mit entsprechenden präventiven Maßnahmen, die auf mehr Eigenverantwortlichkeit für die Gesundheit bei den Menschen ausgerichtet sind, ließe sich die Anzahl bspw. der Herz-Kreislauf-Erkrankungen und auch der Altersdemenzen senken. Präventionsarbeit muß in der Schule beginnen, Gesundheitskunde müßte Bestandteil der Lehrpläne sein. Durch Infektionen ist bereits jede 5. Zwanzigjährige unfruchtbar, die Zahl der adipösen Kinder steigt.

Schlusswort Professor Dr. Mäding

Die Wortbeiträge haben gezeigt, dass es viele Themen gibt, die man alle einzeln weiterverfolgen und vertiefen kann. Dies soll in Essen auch in den nächsten zwei Jahren geschehen. Der Einführungsvortrag hatte ausschließlich das Ansinnen, aus der Adlerperspektive verschiedene Punkte anzutippen und einen Überblick zu geben. Es obliegt in der Folge den Fachleuten zu den Einzelthemen tiefer zu bohren und die Politik anzupassen. Die Bereitschaft dies in einem großen Kreis von Akteuren zu tun ist in Essen offenkundig vorhanden.

Teilnehmerliste Auftaktveranstaltung „Forum Stadtentwicklung Essen“ am 21. März 2006

Nr	Institution/Unternehmen/Organisation	Vorname	Name
1.	St. Elisabeth-Stiftung	Dirk	Albrecht
2.	Mitglied d. Rates d. Stadt Essen	Hans	Aring
3.	Mitglied d. Rates d. Stadt Essen	Susanne	Asche
4.	RWI Essen	Boris	Augurzky
5.		Viola	Barkhausen
6.	Commerzbank AG	Frank	Becker
7.		Horst	Beger
8.	EWG	Winfried	Book
9.	SPD-Fraktionsgeschäftsstelle	Roman	Brüx
10.	GEWOBAU	Ulrich	Büchner
11.	AOK Essen	Rolf	Buchwitz
12.	Mitglied d. Rates d. Stadt Essen	Silva	Buttke
13.	Mitglied d. Rates d. Stadt Essen	Klaus	Diekmann
14.	St. Elisabeth-Stiftung	Heinz	Diste
15.	Mitglied d. Rates d. Stadt Essen	Günter	Drame
16.	TreuHandStelle f. Bergmannswohnstätten GmbH	Rainer	Düwel

17.	Sozialdienst Katholischer Frauen	Rosemarie	Engels
18.	Ernst & Young AG	Peter	Englisch
19.	Diakoniewerk Essen	Joachim	Eumann
20.	Ärztekammer	Dr. Hans Uwe	Feldmann
21.	Wohnbau Westfalen	Wilfried	Feldmann
22.	LA-Architekt BDA	Helmut	Fox
23.	Mitglied d. Rates d. Stadt Essen	Thomas	Fresen
24.	EWG	Jochen	Fricke
25.	KPMG Deutsche Treuhand Gesellschaft AG	Hans-J.	Früh
26.	NRZ-Lokalredaktion	Ulrich	Führmann
27.	Mitglied d. Rates d. Stadt Essen	Dr. Thomas	Geer
28.	Agentur für Arbeit	Udo	Glantschnig
29.	RGE mbH	Angelika	Golomb
30.	Starter Consult	Josef	Grabenzeh
31.	Wohnungsbaugenossenschaft Essen Nord	Klaus	Grewer
32.	EMG	Dieter	Groppe
33.	EWG	Leif	Grundmann
34.	DIHAG	Heinrich	Grütering
35.	AOK Essen	Oliver	Hartmann
36.	Krupp Krankenhaus	Dr. Rudolf	Hartwig
37.	Mitglied d. Rates d. Stadt Essen	Evelyn	Heep
38.	SKF-Stadtteilbüro Bergmannsfeld	Markus	Heijenga
39.	Stadt Essen, Büro Stadtentwicklung	Caren	Heidemann
40.	Stadt Essen, Büro Stadtentwicklung	Christiane	Heil
41.	Stadt Essen, Gesundheitsamt	Horst	Heinemann
42.	DGB-Region MEO	Dieter	Hillebrand

43.	MAN Ferrostaal AG	Frank	Hoffmann
44.	Mitglied d. Rates d. Stadt Essen	Harald	Hoppensack
45.	Mitglied d. Rates d. Stadt Essen	Professor Wolfgang	Horn
46.	Diakoniewerk Essen	Karl-Horst	Junge
47.	Bezirksvertretung VI	Gisela	Juschka
48.	EVAG	Helmut	Kanand
49.	AK Essen 2010	Gerd-Ulrich	Kapteina
50.	Mitglied d. Rates d. Stadt Essen	Christoph	Kerscht
51.	Paritätischer Wohlfahrtsverband	Ingrid	Kilz
52.	SPD-Fraktionsgeschäftsstelle	Helga	Knobbe
53.	Interessengemeinschaft Essener Wirtschaft	Dr. Matthias	Köppel
54.	Stadt Essen, Büro d. Oberbürgermeisters	Christian	Kromberg
55.	Stadt Essen, Büro Stadtentwicklung	Sybille	Krüger
56.	SPD-Fraktionsgeschäftsstelle	Hartmut	Kütemann-Busch
57.	Heinemann & Partner, Rechtsanwältin	Dr. Klaus-Peter	Lindow
58.	Hausmann Immobilien GmbH	Leonhard	Löhner
59.	Mitglied d. Rates d. Stadt Essen	Herrmann	Marx
60.	Wohnbau eG Essen	Rainer	Mertens
61.	Stadt Essen, Büro Stadtentwicklung	Margarete	Meyer
62.	Stadt Essen, Büro d. Oberbürgermeisters	Romana	Milovic
63.	Stadt Essen, Geschäftsbereich 4	Regine	Mölllenbeck
64.	Margarethe-Krupp-Stiftung	Thomas	Möller
65.	SPD-Fraktionsgeschäftsstelle	Reinhard	Paß
66.	Seniorenbeirat d. Stadt Essen	Heinz	Peltz
67.	Universitätsklinikum Essen	Prof. Dr. Thomas	Philipp
68.	Pricewaterhouse Coopers AG	Josef	Rakel

69.	Essener Sportbund		Wolfgang	Rohrberg
70.	Essen-Großstadt für Kinder		Helga	Rose-Herzmann
71.	Hopf IE GmbH & Ko KG		Klaus	Sälzer
72.	Fraktionsgeschäftsstelle B'90/Die Grünen		Jochen	Sander
73.			Anna	Schäfers
74.	Stadt Essen, Kinderbüro		Jürgen	Schroer
75.	SKF Essen-Mitte e.V.		Claudia	Schulz
76.	Bilfinger + Berger Hochbau AG		Heinrich	Schulze
77.	Apothekerverband Essen		Ulrich	Schwier
78.	VRR		Georg	Seifert
79.	Mitglied des Rates d. Stadt Essen		Wolfgang	Teubner
80.	Stadt Essen, Stadtamt 68		Hans	Uehlecke
81.	Allbau AG		Arndt	von Horn
82.	VRR		Klaus	Vorgang
83.	EMG		Ulrich	Weinstock
84.	Stadt Essen, Büro Stadtentwicklung		Klaus	Wermker
85.	STEAG Fernwärme GmbH		Udo	Wichert
86.	RGE mbH		Klaus	Wieschenkämper
87.	Wohnbau Westfalen		Ludger	Wiesemann
88.	Agenda Forum Essen e.V.		Dr. Irene	Wiese-von Ofen
89.	Stadt Essen, Büro Stadtentwicklung		Axel	Wild
90.	EVAG		Dr.Horst	Zierold
91.	Architekten Koschany+ Zimmer		Wolfgang	Zimmer
92.	Wohnbau e.G.		Winfried	Zysk

Forum Stadtentwicklung – Veranstaltungsübersicht –

Thema /Arbeitstitel	Termin (in Planung)
Mobilität und demographischer Wandel	14.09.2006
Gesundheitswirtschaft und demographischer Wandel	November 2006
Wohnungswirtschaft und (räumliche) Stadtplanung	Mitte Januar 2007
Entwicklung der Bevölkerungsstruktur	März 2007 (Osterferien 2.4.-14.4.07)
Soziale/kulturelle Infrastruktur unter den Bedingungen des demographischen Wandels	Anfang-Mitte Mai 2007
Infrastruktur Schule/Kindergarten/Sport	August 2007 (Sommerferien 21.06.- 03.08.2007)
Einzelhandel/private Versorgung	November 2007
Technische Ver- und Entsorgung	Februar 2008
Stadtplanung und Siedlungsstruktur	Mai 2008
Demographischer Wandel und öffentliche Finanzen (Entwicklung von privaten Einkommen, Kaufkraft etc.)	August 2008

Anhang 1:

**Professor Dr. Heinrich Mäding,
- Folien zum Einführungsvortrag-**

Prof. Dr. Heinrich Mäding

Deutsches Institut für Urbanistik, Berlin

Dimensionen des demographischen Wandels

Essen, 21.März 2006

Gliederung

1. Demographischer Wandel

2. Wandel in den Herausforderungen

3. Wandel in den Politikgehalten

4. Wandel im Politikstil

Prof. Dr. Heinrich Mäding

Demographischer Wandel

- **Nationales Bevölkerungsvolumen**
 - **Geburtenziffer, Lebenserwartung**
 - **Zuwanderung**
 - **Bevölkerungsentwicklung**

- **Nationale Bevölkerungsstruktur**
 - **Alterung**
 - **Heterogenisierung**
 - **Vereinzelung**

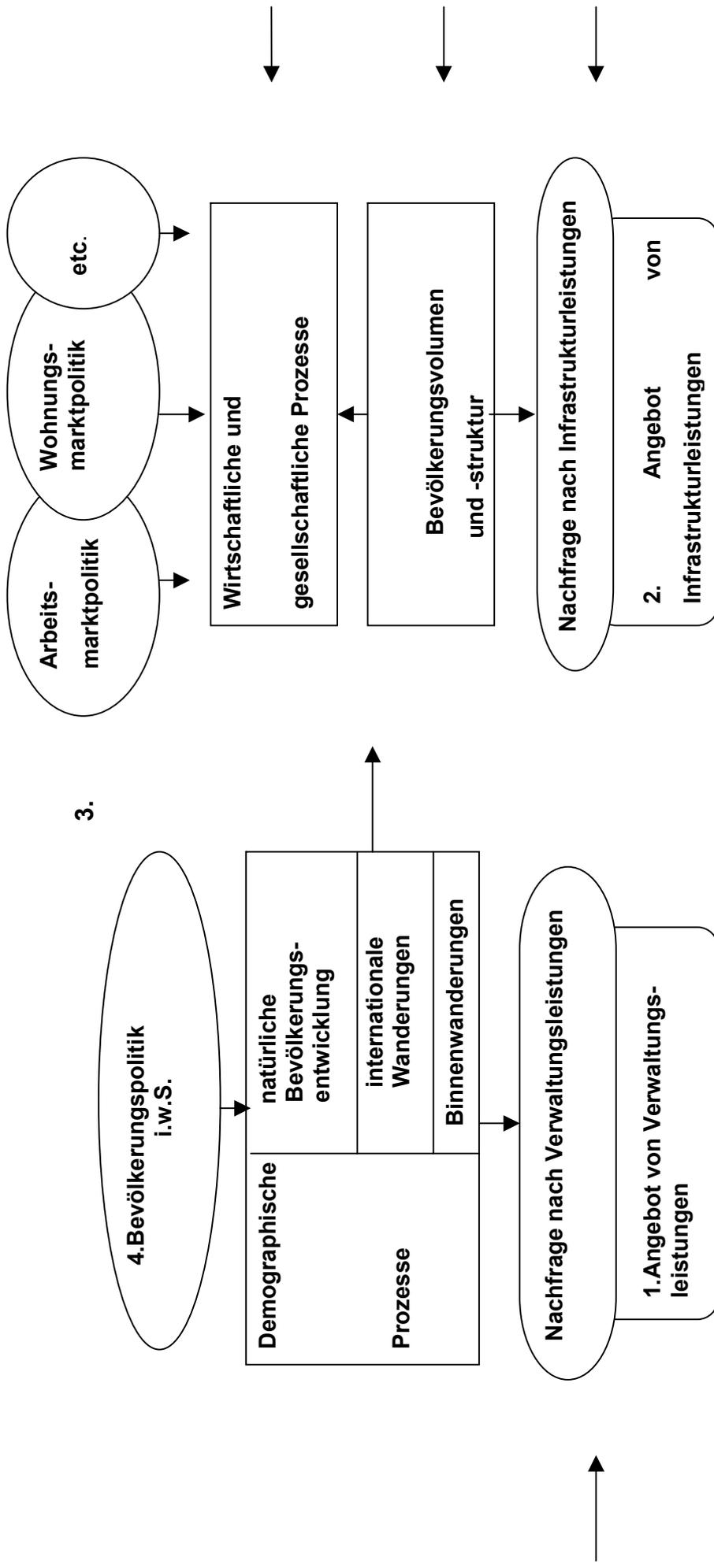
- **Intranationale Wanderungen**
 - **großräumige Wanderungen**
 - **kleinräumig: Suburbanisierung**

Ausländer in deutschen Großstädten (1999)

	Einwohnerzahl in Tausend	Ausländeranteil in Prozent
Frankfurt/Main	643,8	32,9
Stuttgart	582,4	23,8
München	1.194,6	22,6
Köln	962,5	20,8
Düsseldorf	568,9	20,1
Nürnberg	486,6	18,1
<u>Hamburg</u>	1.704,7	16,0
Duisburg	519,8	15,8
Hannover	514,7	14,8
Dortmund	590,2	13,1
<u>Berlin</u>	3.386,7	12,8
<u>Bremen</u>	540,3	12,2
Essen	599,5	9,5
Leipzig	489,5	5,1
Dresden	476,7	2,7

Quelle: BBR, 2002, S.337-346

Demographische Prozesse und kommunale Reaktionen



Demographische Prozesse als Herausforderungen

	Stadt als Wirtschafts-/Lebensraum	gebaute Stadt	politische Stadt
Alterung und Vereinzelung	Belastung des Gesundheitssystems Vergesellschaftung von Dienstleistungen	Nachfrage nach altersgerechten Angeboten Wachsende Wohnfläche/Kopf	Neue Prioritäten Sinkende politische Beteiligung
Schrumpfung	Nachfragerückgang Arbeitskräftelückgang	Leerstände Weite Wege Steigende Kosten	Sinkende Finanzkraft „Misserfolg“
Heterogenisierung	Disparität Desintegration	Segregation	Sinkende politische Beteiligung Polarisierung

Bevölkerungspolitik

1. natürliche Bevölkerungsentwicklung

- **Geburtenziffern steigern**
- **Sterbeziffern senken**

2. Wanderungen

- **Zuwanderung steigern**
- **Abwanderung senken**

Prof. Dr. Heinrich Mäding

Stuttgarts Ziel:

„Kinderfreundlichste Stadt Deutschlands“

Handlungsfelder:

- 1. Förderung in Schule und Kindergarten**
- 2. Günstiger Wohnraum und kindergerechtes Umfeld**
- 3. Vereinbarkeit von Familie und Beruf**
- 4. Aktives Miteinander von Jung und Alt**
- 5. Gesundheit und Sicherheit für Kinder**

(Quelle: Wirtschaftswoche, 26.01.2006)

Wandel im Politikstil?

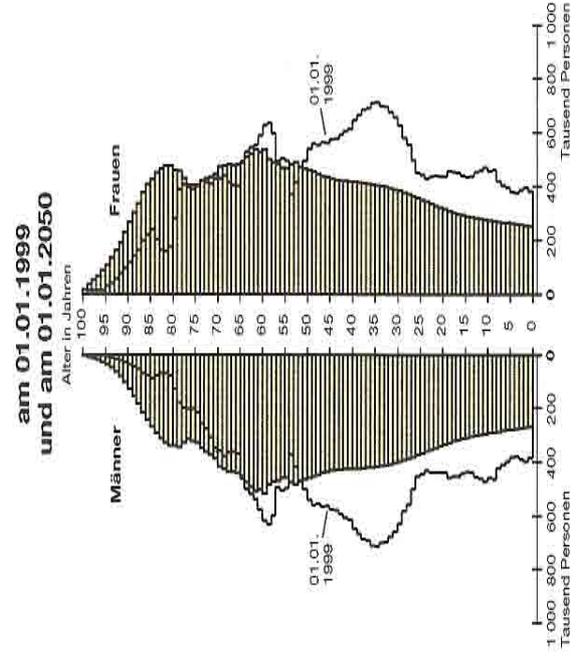
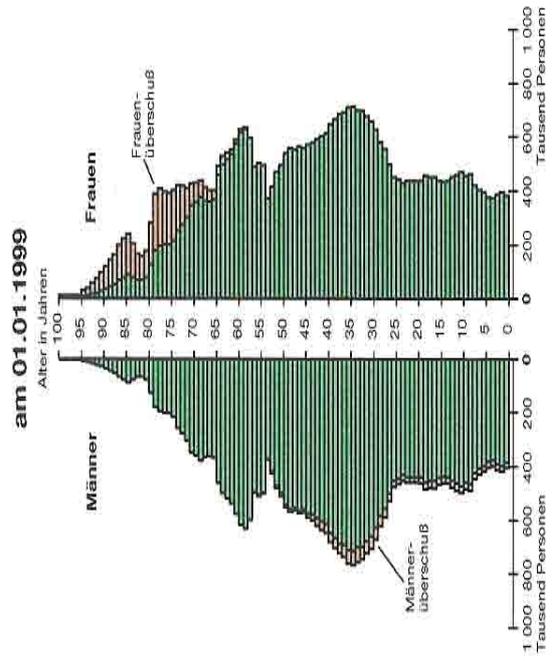
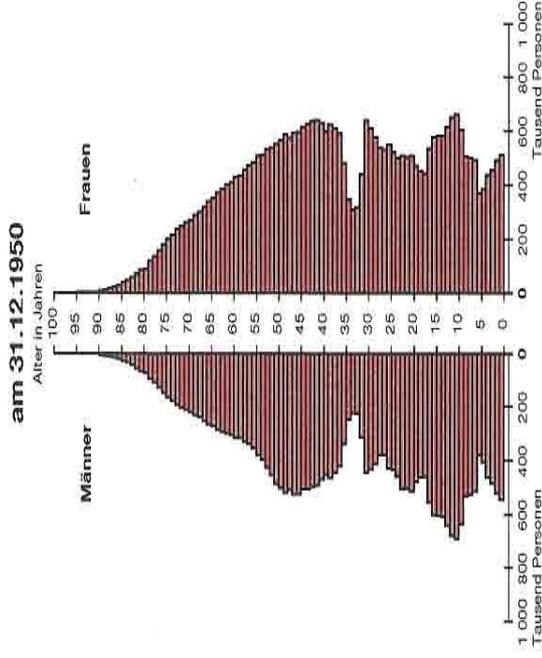
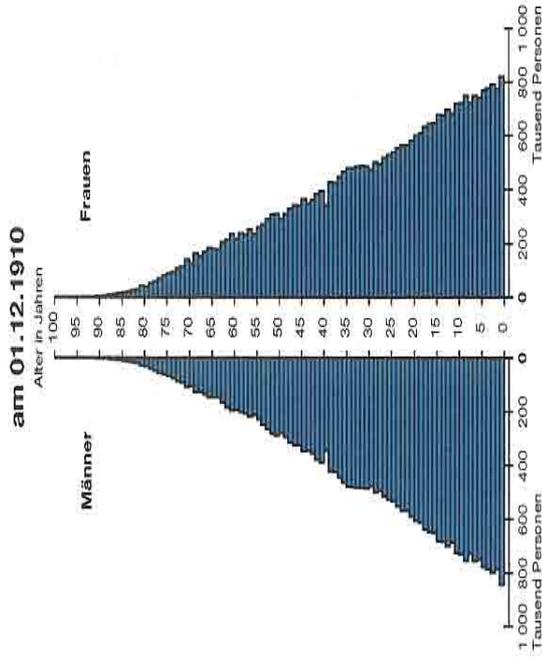
- 1. Geeignete Rahmenbedingungen „von oben“**
- 2. Mut zur Bescheidenheit**
- 3. Wissen und Wissensvermittlung**
- 4. Entwicklungsplanung**
- 5. Organisation (intern)**
- 6. Kommunikation und Kooperation (extern)**

Prof. Dr. Heinrich Mäding

Anhang 2:

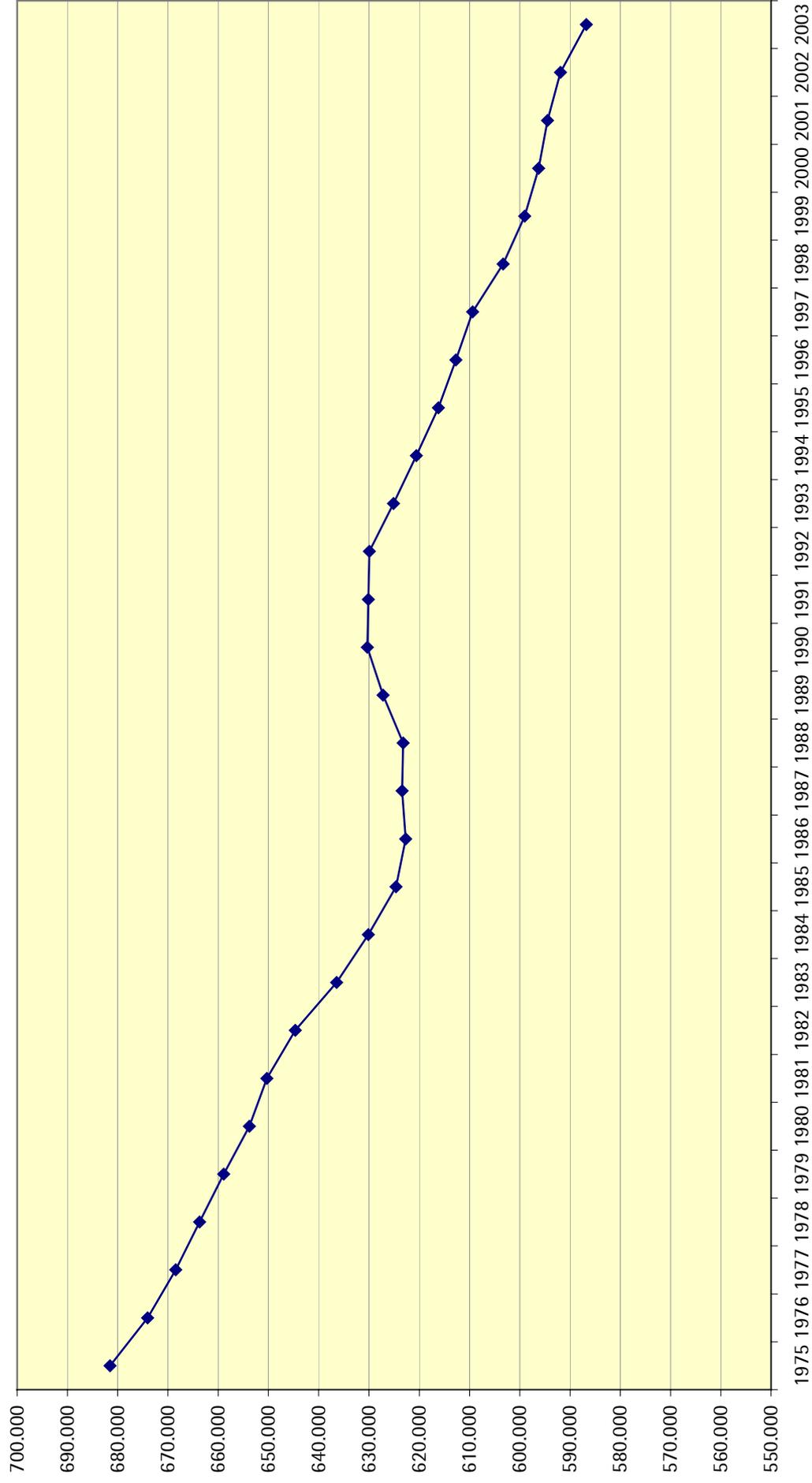
**Grafiken und Tabellen zur Bevölkerungsstruktur
und -entwicklung in der BRD, in Essen und im Ruhrgebiet**

Altersaufbau der Bevölkerung in der BRD



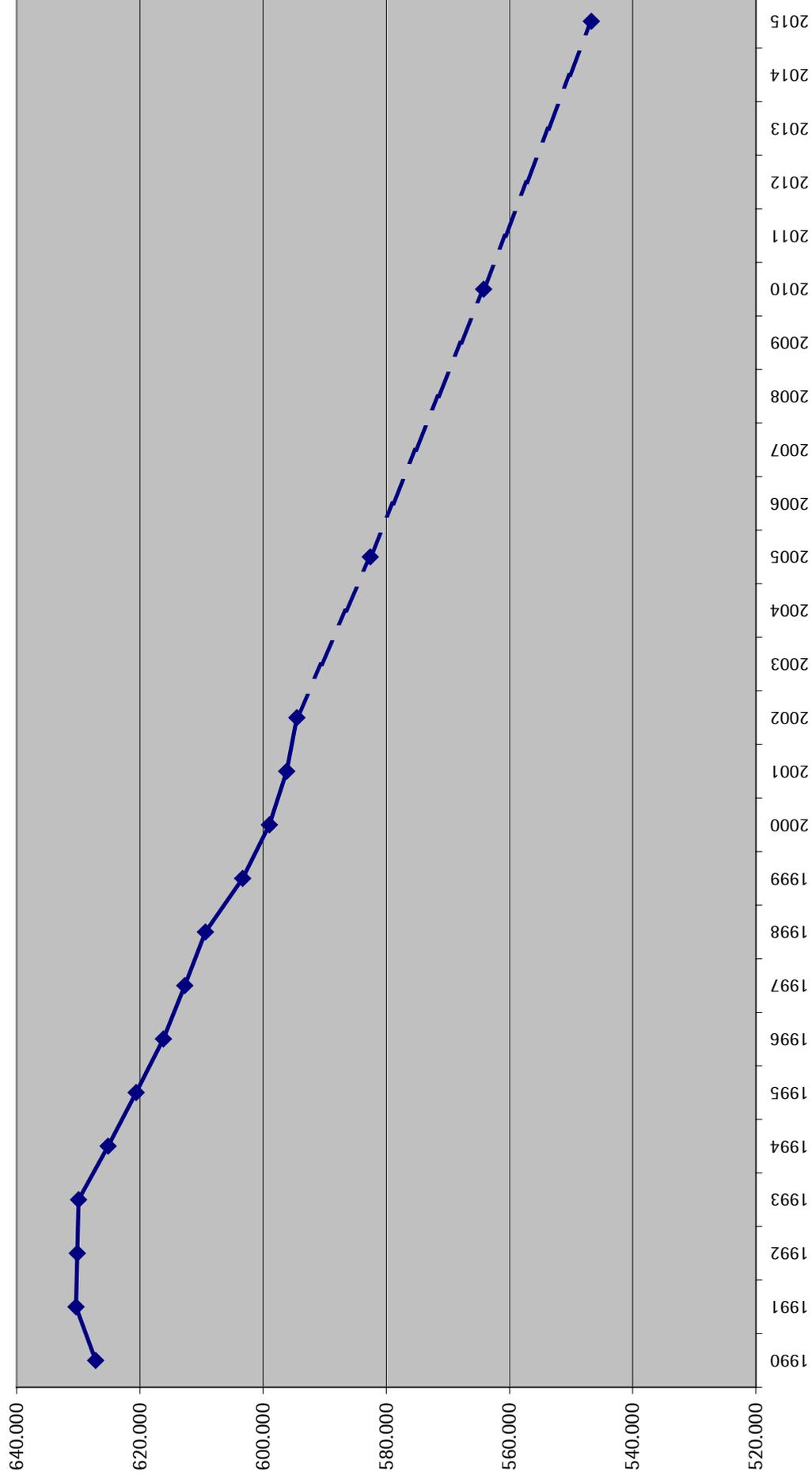
Einwohner in Essen 1975 - 2003

Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung, jeweils 31.12.

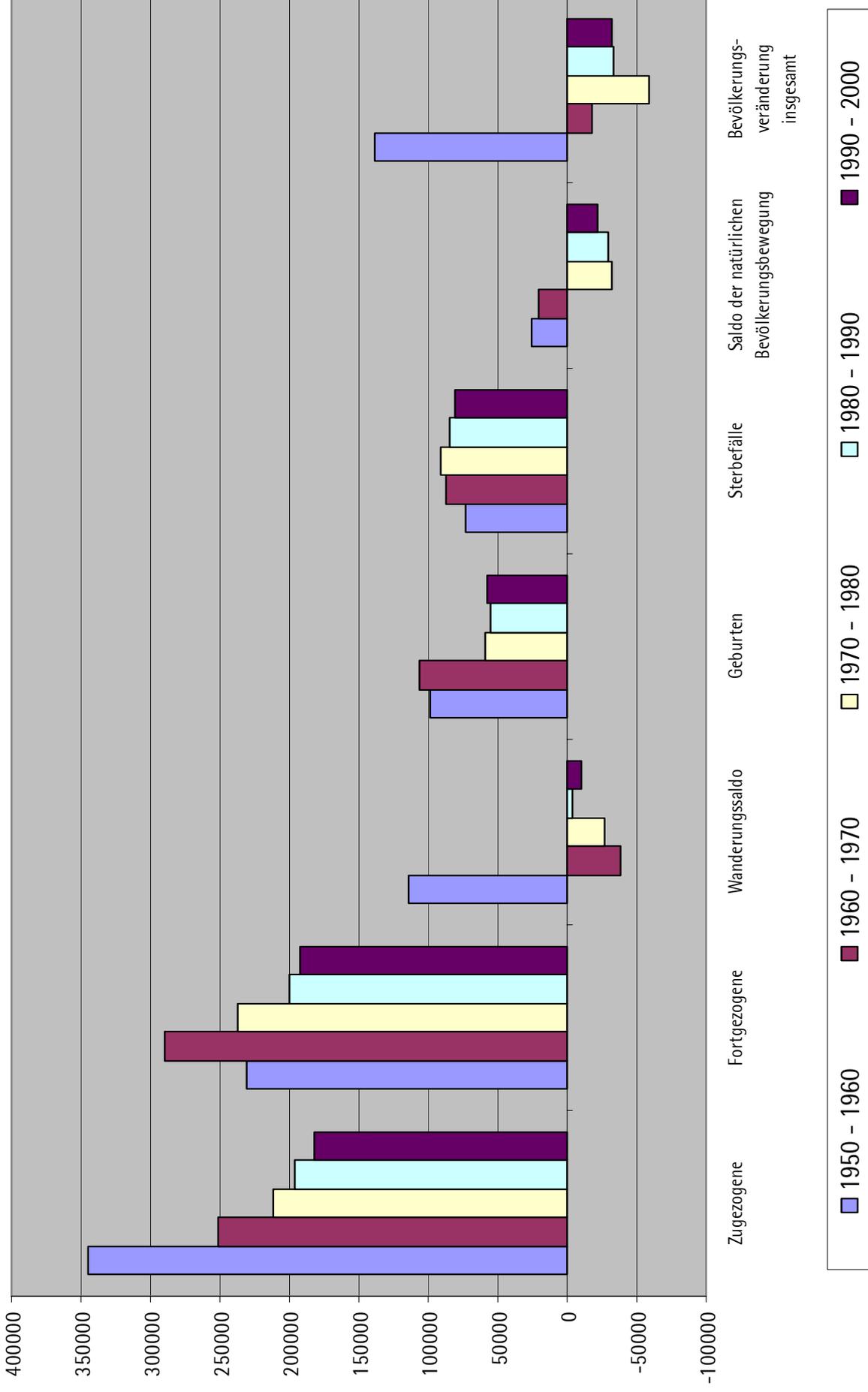


Die Entwicklung der Bevölkerungszahl in Essen 1990 – 2015

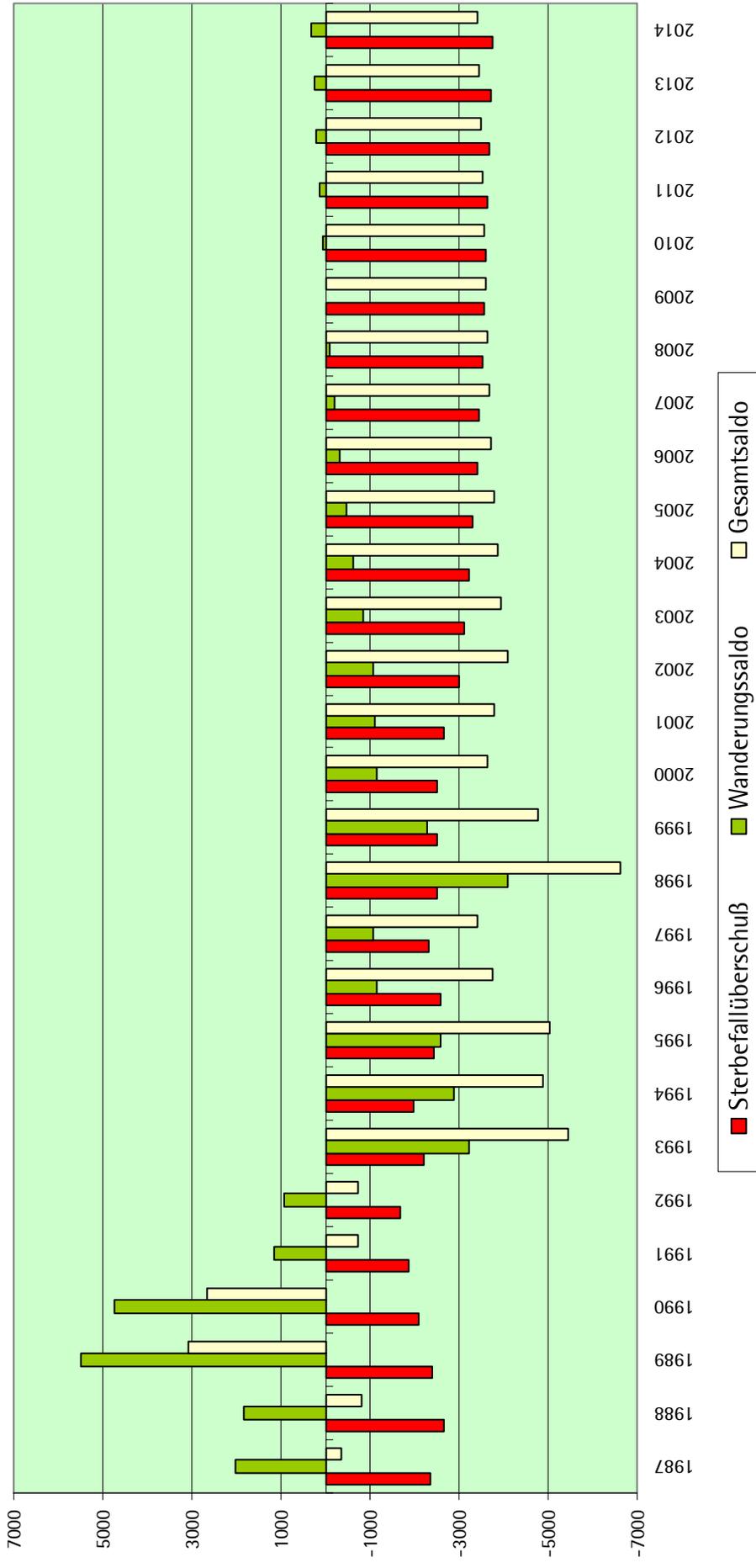
(1990 – 2002: Einwohnerdatei, 2003 – 2015: Prognose;
jeweils Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung am 01.01.)



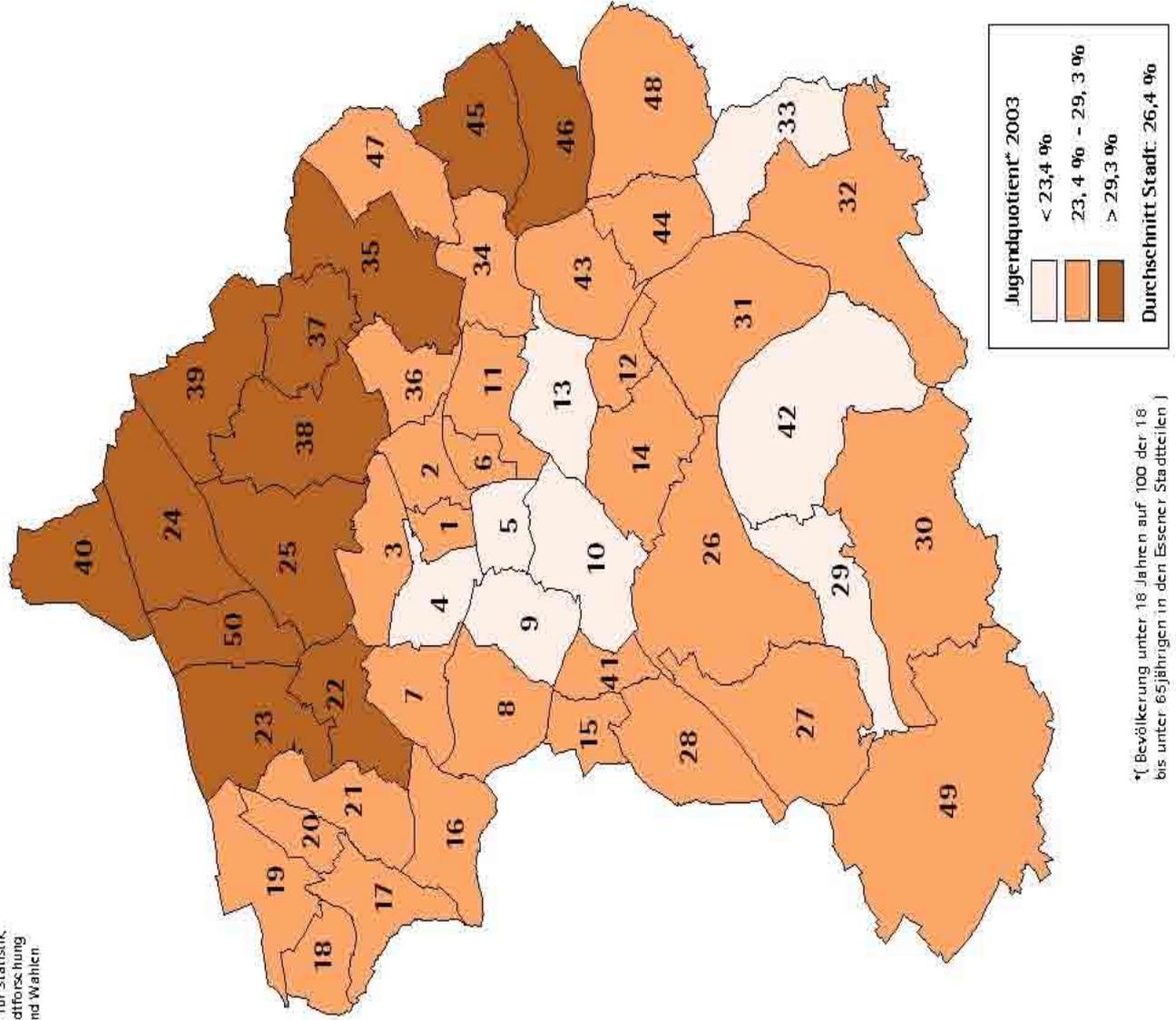
Bevölkerungsbewegungen in Essen 1950 - 2000



Sterbefallüberschuß, Wanderungssaldo, Gesamtsaldo in Essen 1987 - 2000 und Prognose bis 2014

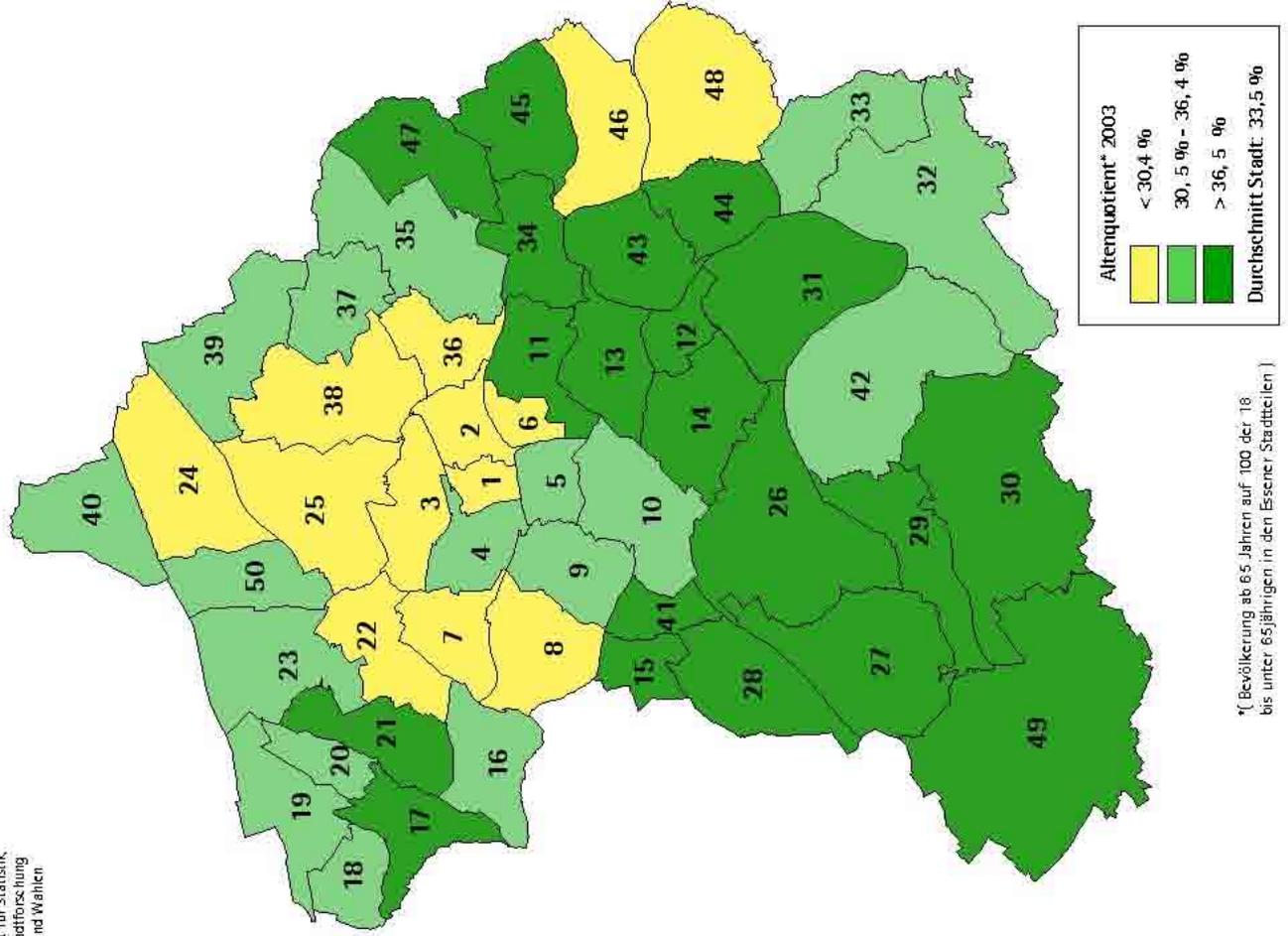


Jugendquotient* in den Essener Stadtteilen am 31.12.2003



* (Bevölkerung unter 18 Jahren auf 100 der 18 bis unter 65jährigen in den Essener Stadtteilen)

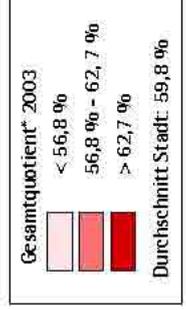
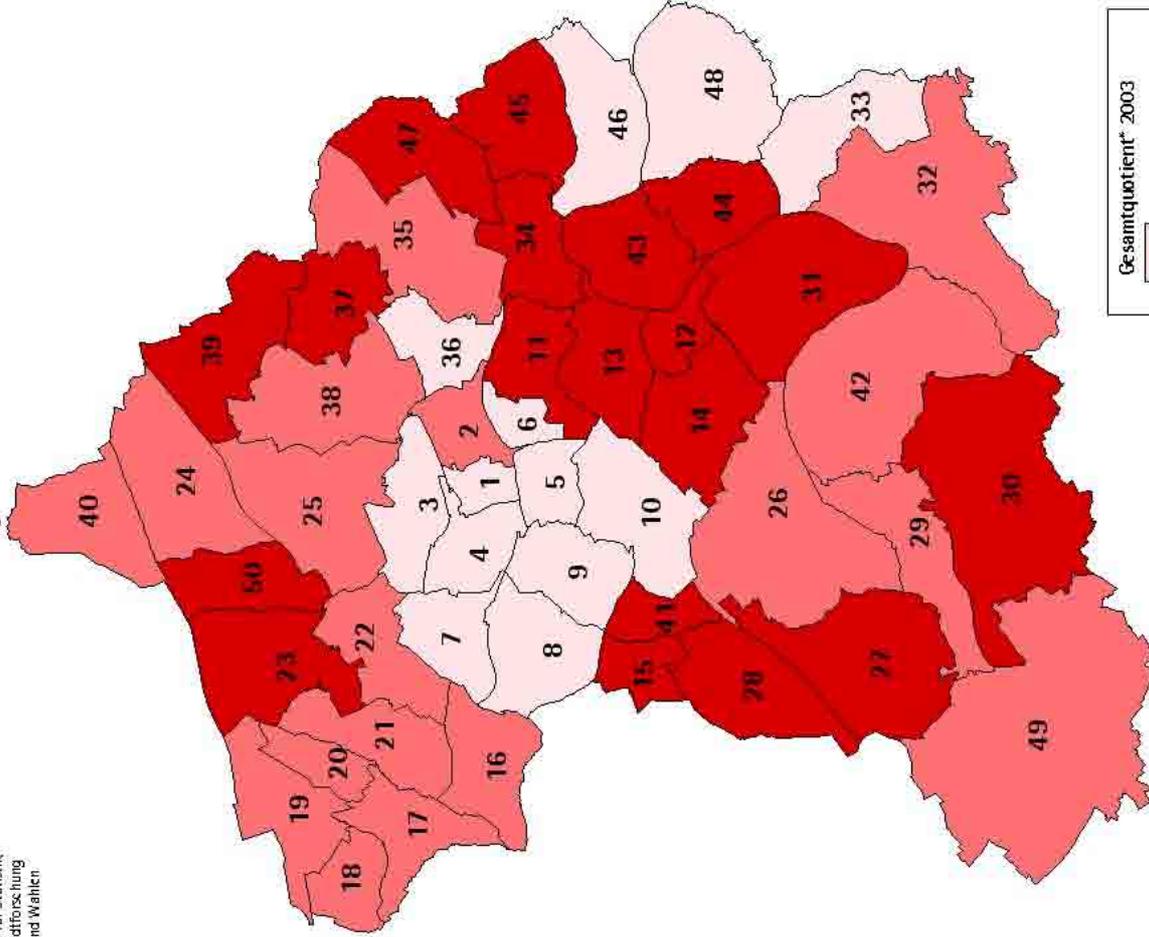
Altenquotient* in den Essener Stadtteilen am 31.12.2003



* (Bevölkerung ab 65 Jahren auf 100 der 18 bis unter 65jährigen in den Essener Stadtteilen)

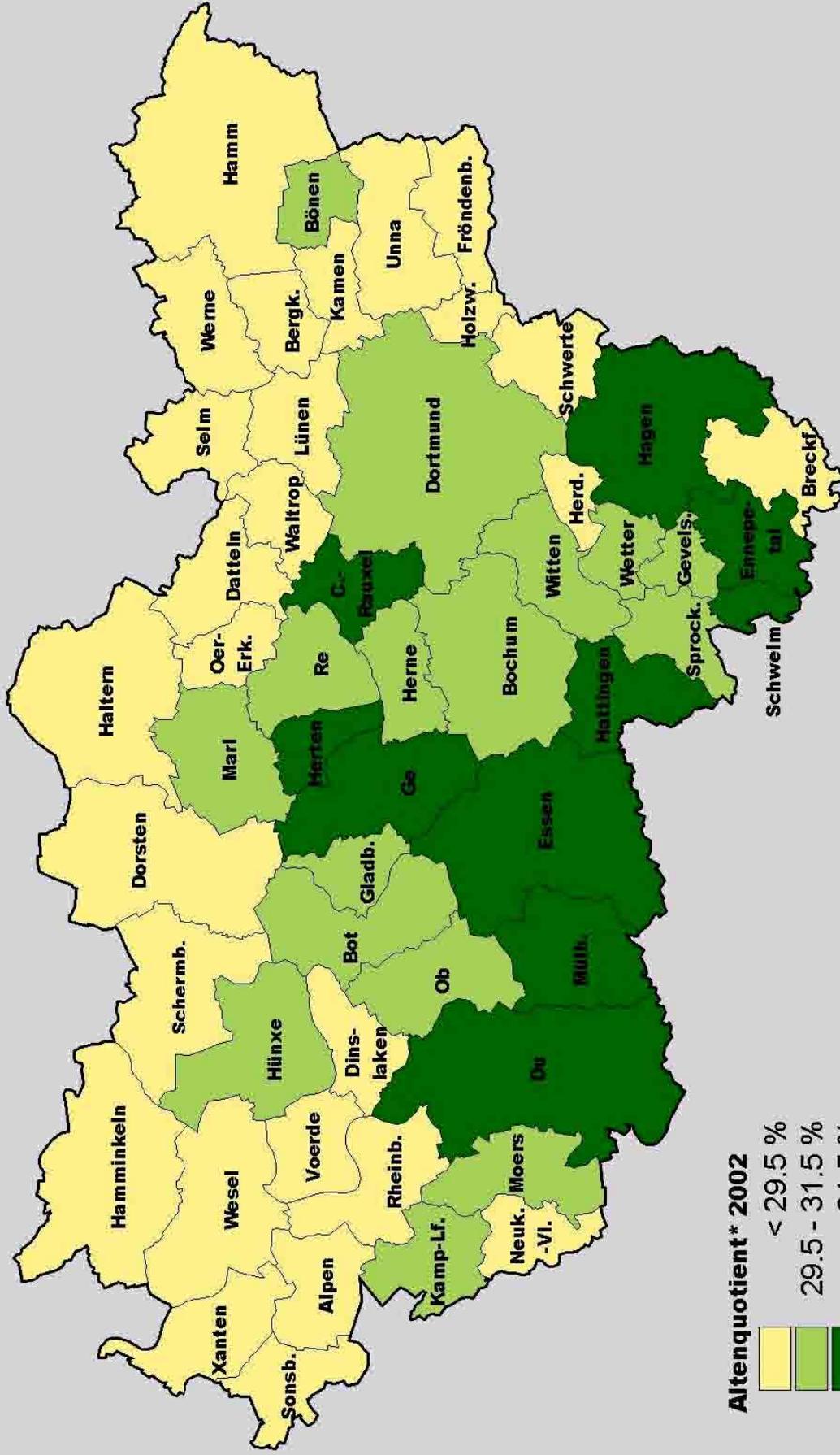
Gesamtquotient* in den Essener Stadtteilen am 31.12.2003

(Summe Jugend- und Altenquotient)



* (Bevölkerung unter 18 und ab 65 Jahren auf 100 der 18 bis 65jährigen in den Essener Stadtteilen)

KVR - Altenquotient* 2002



Altenquotient* 2002

- < 29.5 %
- 29.5 - 31.5 %
- > 31.5 %

Durchschnitt KVR: 30.5 %

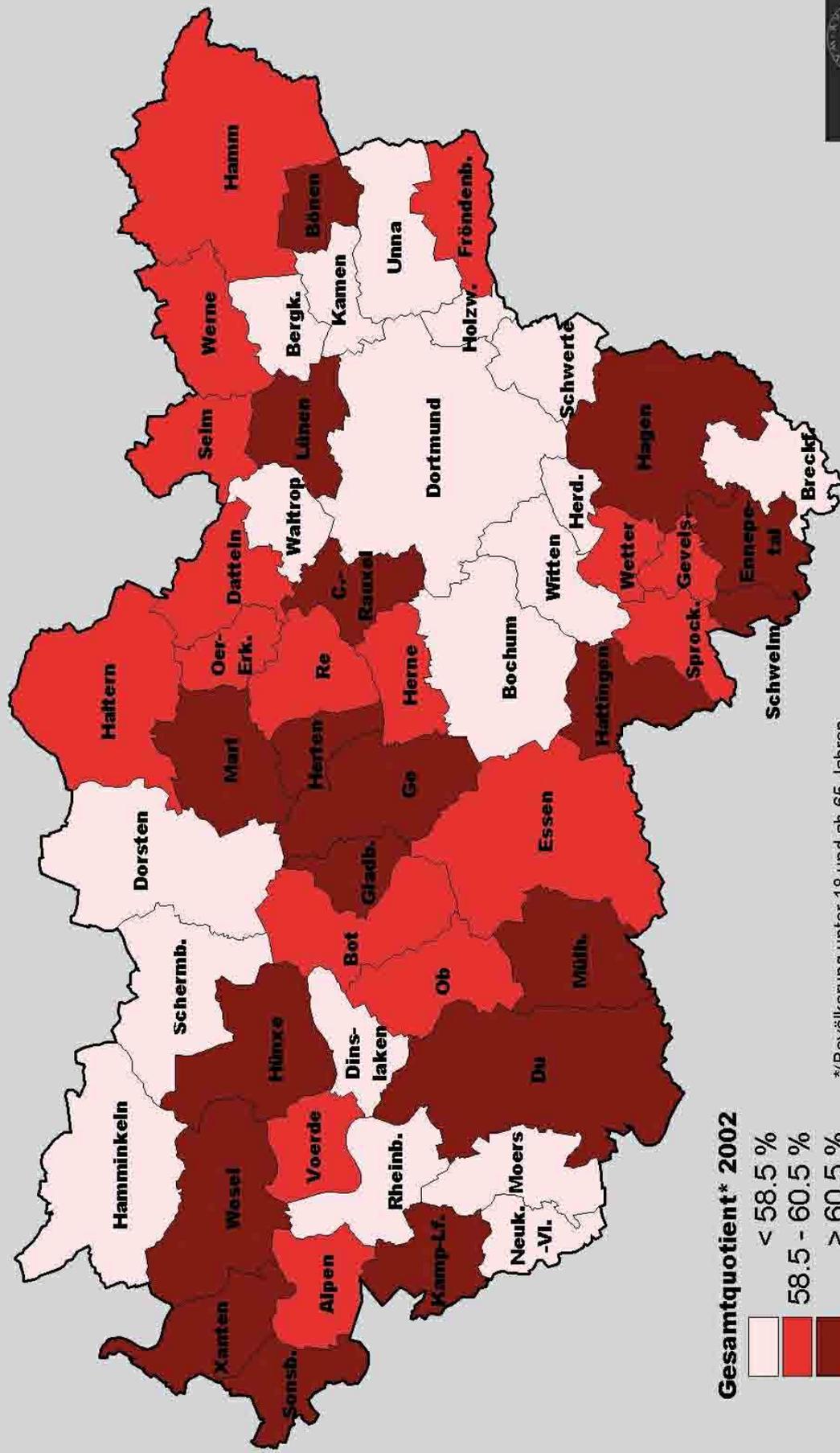
*(Bevölkerung ab 65 Jahren auf 100 der 18 bis unter 65jährigen in den Gemeinden des KVR)

Quelle: LDS 2003 / eigene Berechnung
Kartografie: ZEFIR



KVR - Gesamtquotient* 2002

(Summe Jugend- und Altenquotient)



Gesamtquotient* 2002

- < 58.5 %
- 58.5 - 60.5 %
- > 60.5 %

*(Bevölkerung unter 18 und ab 65 Jahren auf 100 der 18 bis unter 65jährigen in den Gemeinden des KVR)

Durchschnitt KVR: 59.5 %

Quelle: LDS 2003 / eigene Berechnung
Kartografie: ZEFIR

